



PROTOKOLL

DER 6. SITZUNG DES EINWOHNERRATES, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort **Donnerstag, 11. November 2010** **19.00 – 22.45**
Aula Rheinfallhalle, Neuhausen am Rheinfall

Präsenz 18 Einwohnerräte (ER)
 Gemeindepräsident (GP)
 4 Gemeinderäte (GR)
 Gemeindeschreiberin
 Aktuarin
 Rechnungsprüfungskommission (RPK)
 Alexander Moser, Zentralverwalter

Vorsitz ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Entschuldigt ER Peter Schmid (SVP) und ER Marcel Stettler (CVP)

Protokoll

Das Protokoll der 4. Sitzung vom 26. August 2010 hat im Ratsbüro zirkuliert und ein paar kleine Änderungen sind eingefügt worden. Es liegen sonst keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.

Das Protokoll der 5. Sitzung vom 23. September 2010 hat ebenfalls im Ratsbüro zirkuliert und ein paar kleine Änderungen sind eingefügt worden. Es liegen sonst keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.

Mitteilungen

- Gegen den Beschluss des ER vom 23. September 2010 bezüglich Ausrichtung eines Betrages von Fr. 400'000.00 und der Entnahme aus dem Gemeindeentwicklungsfonds ist das Referendum mit 299 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen. Die diesbezügliche Volksabstimmung wird zusammen mit der Abstimmung des Trottentheater anfangs Februar 2011 durchgeführt werden.

Neueingänge

- Interpellation der SP vom 4. November 2010: Randsteine aus China

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag betreffend Stellenplan für das Jahr 2011
2. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2011 bis 2014
3. Budget 2011
 - Genehmigung Bericht und Antrag
 - Genehmigung Budget und Steuerfuss 2011
4. Bericht und Antrag betreffend Anpassung der Schulleitungs- und Schulsekretariatspensen
5. Bericht und Antrag betreffend Beitritt zum Verein Klar! Schaffhausen
6. Bericht und Antrag betreffend Teilrevision des Reglements über die Gasabgabe und die Betriebsanlagen (Gasabgabe-Reglement 1987) vom 30. April 1987

Die Traktandenliste wird genehmigt.

**Pendente Geschäfte:**

Vorstösse:	Text:	Eingang:	Behandlung ER:	Fristerstreckung:
Volksmotion	Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk		08.12.2005 Volksmotion als erheblich erklärt.	Bis 31.12.2009. 2. Fristerstreckung bis 31.12.2011.
Postulat	Jakob Walter (parteilos): Kommunale Zeitung	13.11.2008	04.12.2008 als erheblich erklärt.	Bis 30.04.2010 2. Fristerstreckung bis 31.12.2010 beantragt.

Pro memoria:

Kleine Anfrage	Ueli Furrer (ÖBS): Energiepunkt-Zusammenarbeit mit der Stadt Schaffhausen	27.04.2009
----------------	--	------------

Pendente Geschäfte in nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen:

Geschäft	Datiert:	Behandlung ER / Status:
Bericht und Antrag betreffend Realisierung eines Bed & Breakfast-Betriebs an der Laufengasse	13.08.2008	21.08.2008. 5-er Kommission gebildet. Traktandiert.
Bericht und Antrag betreffend die Teilrevision der Abfallverordnung	02.06.2010	24.06.2010 7-er Kommission gebildet. Pendent.
Bericht und Antrag betreffend Bereinigung der Eigentumsverhältnisse im Rheinfallgebiet	01.09.2010	23.09.2010 7-er Kommission gebildet. Pendent

ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Ich begrüsse Sie zur 6. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr. Speziell begrüssen möchte ich alle Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission, die vollzählig anwesend ist.

Für ER Peter Schmid (SVP) müssen wir noch einen Ersatzstimmzähler wählen. Ich schlage Ihnen an dieser Stelle ER Lenz Furrer (ÖBS) vor. Er wird einstimmig gewählt als Ersatzstimmzähler.

Die Traktandenliste liegt Ihnen vor. Sie haben die Unterlagen für drei Traktanden ungebührlich spät erhalten. Das hat für einigen Aufruhr gesorgt und für einige Aufregung, zu Recht, wie ich finde. Das Parlament soll sich seriös mit diesen Geschäften auseinandersetzen und dazu gehört auch, dass die entsprechenden Geschäfte mit einer entsprechenden Vorlaufzeit zur Verfügung gestellt werden. Es kann meiner Meinung nach nicht sein, dass die Unterlagen an der Fraktionsitzung noch nicht vorliegen oder nur als Tischvorlage vorhanden sind. Eine seriöse Parlamentsarbeit ist meiner Meinung nach nicht möglich. Ich habe das auch im Büro diskutiert. Wir waren grossmehrheitlich der Meinung, dass wir drei Traktanden, bei all denen, wo die Unterlagen zu spät gekommen sind, auf die nächste Sitzung schieben müssten. Beim Stellenplan ist das etwas schwierig, denn der ist sehr eng mit dem Budget verlinkt. Aber wir sind grossmehrheitlich der Meinung, dass wir Ihnen beantragen, Traktandum 4 Bericht und Antrag betreffend Anpassung der Schulleitungs- und Schulsekretariatspensen sowie Traktandum 6 Bericht und Antrag betreffend Teilrevision des Reglements über die Gasabgabe und die Betriebsanlagen auf die nächste Sitzung zu verschieben, damit die Fraktionen Zeit haben, diese Geschäfte seriös zu beraten. Das mal der Antrag bezüglich



der heutigen Sitzung. Als weitere Konsequenz aus meiner Sicht kann ich Ihnen sagen, dass ich keine Traktanden mehr akzeptieren werde, wo die Beilagen nicht bereits verschickt sind oder mit der Einladung verschickt werden.

GR Patrick Strasser

Sie haben den Antrag von ER-Präsident Felix Tenger (FDP) gehört. Ich spreche zum Antrag Traktandum 4 Bericht und Antrag betreffend Anpassung der Schulleitungs- und Schulsekretariatspensen zu verschieben. Ich möchte Sie bitten, das nicht zu tun und stelle entsprechend den Gegenantrag. Dies aus folgenden Gründen. Erstens, es besteht eine zeitliche Dringlichkeit, wenn der Einwohnerrat diesen Anträgen des Gemeinderates zustimmt. Wie Sie wissen, ist diese Anpassung auf den nächsten Sommer geplant. Auf das Schuljahr 2011/2012. Im Gegensatz zu der Privatwirtschaft und auch zu den übrigen Angestellten der öffentlichen Hand, haben Lehrer bzw. Schulleiter nicht eine dreimonatige sondern eine sechsmonatige Kündigungsfrist und zwar immer auf jeweils auf Ende Semester. Das heisst also, dass Ende Januar 2011 bekannt sein muss bzw. die Arbeitsverträge unterschrieben sein müssen, von den Personen, die diese Stellen übernehmen werden. Damit genügend Zeit bleibt, man muss das Ganze ausschreiben, man braucht Zeit für das Auswahlverfahren und schlussendlich muss die Anstellung erfolgen. Zwischenzeitlich ist auch noch Weihnachten und Neujahr und damit genügend Zeit bleibt, sollten wir dringend dies heute Abend besprechen. Zweitens, wenn Sie das Traktandum verschieben, dann meinen Sie den Esel, aber Sie schlagen den Sack. Was meine ich damit. Der Antrag kommt ja ursprünglich nicht aus dem Gemeinderat, sondern von der Schulbehörde. Die Schulbehörde hat diesen Antrag am 1. September 2010 an ihrer Sitzung verabschiedet zu Händen des Gemeinderates. Wenn Sie jetzt also den Gemeinderat bestrafen wollen, weil wir zu spät kommen – und ich verstehe Ihren Unmut, das muss ich ehrlicherweise sagen – bestrafen Sie eigentlich nicht den Gemeinderat sondern die Schulbehörde, denn diese hat soweit richtig gearbeitet. Auch der Gemeinderat hat nicht falsch gearbeitet, aber es ist so, dieses Geschäft war rd. Mitte September 2010 schon im Gemeinderat. Aufgrund der hohen Geschäftslast und dass noch einige Gemeinderäte in den Herbstferien waren, konnte es allerdings erst vor einer Woche verabschiedet werden. Deswegen ist es so spät zu Ihnen gekommen; ich möchte mich dafür entschuldigen. Der dritte Grund. Gerade, weil es uns bewusst war, dass die Vorlaufzeit dieses Geschäfts, man kann nicht sagen, dass sie knapp war, denn sie hat gar nicht existiert, das gebe ich ja zu. Gerade darum hat man von Seiten der Schulbehörde versucht, dass die einzelnen Fraktionen direkt von der Schulbehörde orientiert wurden. Meines Wissens wurde dies auch gemacht in CVP, in SVP und in der SP. Sicher ist es einfach, weil Schulbehördemitglieder bzw. ehemalige Schulbehördemitglieder Teil der Fraktion sind. Ich hätte mir natürlich auch gewünscht, dass auch in der FDP Fraktion diejenigen Schulbehördemitglieder, die von der FDP Fraktion portiert sind, dort auch eine Vorstellung machen. Irgendwie ist das aus mir unbekanntem Gründen nicht zustande gekommen. Sie sehen, aus diesen Gründen möchte ich Sie dringendst bitten, das Traktandum 4 auf der Traktandenliste bleiben zu lassen. Besten Dank dafür.

ER August Hafner (SP)

Ich spreche zu Punkt 6 der heutigen Traktandenliste. Ich war da auch wild entschlossen im Namen unserer Fraktion den Antrag zu stellen, dieses Geschäft für heute abzusetzen. Auf die nächste Sitzung zu verschieben. Dieser Antrag ist inzwischen gestellt. Seit 5 Minuten liegt nun aber eine weitere Tischvorlage auf dem Tisch und dieser entnehme ich, dass es heute nur darum gehe, eine Kommission einzusetzen und zwar soll die Einsetzung erfolgen, bevor die Eintretensdebatte geführt wird und von mir aus kann man das machen. Wenn ich aber am Sprechen bin, möchte ich noch einen Wunsch anfügen. Bei einer flüchtigen Durchsicht – und mehr war nicht möglich – des Berichts und Antrags über die Teilrevision des Gasabgabereglements ist mir aufgefallen, dass der Einwohnerrat noch einen Rahmentarif beschliessen soll. Es wäre schon gut, wenn im Wissen aller



Umstände, diese Vorlage in dieser Kommission beraten werden könnte, kurz gesagt, wenn auch einen Beschlussentwurf für diesen Rahmentarif vorliegen würde. Das ist der Wunsch an den Gemeinderat. Der Antrag ist nicht gestellt. So könnte man das Geschäft auf der Traktandenliste lassen.

GP Stephan Rawyler

Ich schliesse mich der Entschuldigung von GR Patrick Strasser an. Auch mein Geschäft wurde ein Opfer der Herbstferien und diverser anderer grossen Geschäfte, die wir behandeln mussten. Weil es doch um eine relativ wichtige Frage geht, nämlich den Rahmentarif und eine teilweise Kompetenzverschiebung vom Einwohnerrat zum Gemeinderat wollte ich dies nicht in einer dreier oder vierer Besetzung beschliessen lassen im Gemeinderat sondern in einer fünfer. Aufgrund der etwas verzettelten Ferien, was an sich mit Blick auf die Präsenz und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates sehr positiv ist, hat sich das leider etwas hinausgezögert. Ich bitte Sie deshalb, insofern Traktandum 6 zu behandeln. Der Antrag, der gestern vom Gemeinderat beschlossen wurde, eine Kommission einzusetzen und zwar noch vor der Eintretensdebatte. Ich werde dann in der Kommission gerne aufzeigen, dass der Rahmentarif bereits enthalten ist in der Vorlage. Sie sehen sämtliche Zahlen darin. Es gibt keinen zusätzlichen Tarif mehr. Im Gegensatz zur Stadt Schaffhausen. Mein Vorschlag bzw. der des Gemeinderates das in einer Vorlage einzubinden. Es gibt also keine weiteren Papiere. Es ist mir aber klar und war auch dem Gemeinderat klar, dass diese Vorlage nicht einfach durchgewinkt wird. Dazu ist sie zu komplex. Es war mir auch klar, dass dazu eine Kommission nötig ist und ich denke, es ist wichtig, dass auch alle Fraktionen in dieser Kommission vertreten sind. Ich bitte Sie deshalb, diesen Punkt unverändert auf der Traktandenliste zu lassen. Besten Dank.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich spreche auch zu Traktandum 4. Wir sind ein Milizparlament und ich persönlich habe dieses Papier überhaupt noch nicht angeschaut. Es war mir schlicht und ergreifend nicht möglich, weil ich beruflich am Limit laufe. Wenn ich nun höre, dass am 1. September 2010 die Schulbehörde, als vor bald 2 ½ Monate, dieses Papier offenbar die Beschlüsse gefasst hat und wir dann nicht einmal mehr 5 oder 6 Tage Zeit haben und nicht rechtzeitig an der Fraktion diese Unterlagen kriegen, dann habe ich echt Mühe damit. Da muss ich also wirklich meinem Unmut Luft machen. So geht das nicht! Ich erinnere auch an die Hektik bei der Teilrevision zum Zonenplan im SIG Areal, wo wir schlicht und ergreifend das Messer an den Hals gesetzt bekamen, wenn man nicht jetzt behandelt und entscheiden, dann geht die ganze Welt unter. Das Personalproblem, das da jetzt irgendwie im Raum steht, mit Kündigungsfristen interessiert mich im Moment nicht, dann müssen die Leute jetzt halt eben schnell arbeiten. Die Herbstferien habe ich nicht gehabt und überhaupt noch keine Ferien in diesem Jahr, dann ist es für mich ein Witz, dass es wegen den Herbstferien wieder Verzögerungen gegeben hat, die wir auszubaden haben.



ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Ich schlage vor, dass wir einzeln über die beiden Traktanden abstimmen, Traktandum 4 und Traktandum 6, ob wir diese auf die nächste Sitzung verschieben oder auf der Traktandenliste lassen.

Antrag:

Traktandum 4: Bericht und Antrag betreffend Anpassung der Schulleitungs- und Schulsekretariatspensen auf die nächste Sitzung verschieben oder an dieser Sitzung behandeln.

Es wird mit 3 : 15 Stimmen beschlossen, dass das Traktandum 4 an dieser Einwohnerrats-sitzung behandelt wird.

Traktandum 6: Ich ziehe an dieser Stelle den Antrag des Büros zurück und wir lassen somit dieses Traktandum auf der Traktandenliste, ausser jemand wäre nicht einverstanden. Es macht kaum einen Sinn, dass wir dann im Dezember eine Kommission bilden.

Dann behandeln wir die Traktanden in der Reihenfolge, wie sie Ihnen zustellt worden sind.



TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Stellenplan für das Jahr 2011

Erläuterungen:

GR Dino Tamagni

Eigentlich spricht dieser Stellenplan für sich selber. Ich möchte aber die Liste mit den Entschuldigungen fortsetzen und zwar wer sich entschuldigt, der schuldet sich auch an. Hier ist es bei mir gelegen, dass dieser Stellenplan zu spät gekommen ist. Einzig, was ich noch hinzufügen kann, ist im Prinzip, wir haben den Finanzplan auch ausgeführt und dann ist ein kleiner Einblick über die Stellen gegeben. Vielleicht mag das die Schelte, die ich von Ihnen bekomme, etwas lindern. Die Korrekturen, die im Stellenplan enthalten sind, sind in den Finanzplan 1 : 1 übergeflossen, wie auch beim Budget. Was aber nicht enthalten ist, das will ich hier nochmals ausdrücklich sagen, ist der Bericht und Antrag betreffend Schulleitungs- und Schulsekretariatspensen Anpassung. Das ist im Stellenplan wie auch im Finanzplan nicht berücksichtigt.

Eintretensdebatte:

ER August Hafner (SP)

Der Stellenplan ist ja an sich ein Routinegeschäft, den wir aus Kompetenzgründen behandeln müssen. Ich habe nur eine Frage. Es fällt auf, dass bei der sozialen Wohlfahrt auf Seite 2, Ziffer 5 von 108 bewilligten Stellen in den Alters- und Pflegeheimen 11.83 % nicht besetzt sind. Das sind ja mehr als 10 % unbesetzte Stellen. Ich bin bis jetzt immer davon ausgegangen, dass der Einwohnerrat nicht auf Vorrat Stellen bewilligt, sondern dass diese Stellen dann wirklich auch gebraucht werden. Ich möchte nun wissen, weshalb hier so eine grosse Abweichung zwischen den bewilligten und den tatsächlich besetzten Stellen vorhanden ist? Hinter dieser Frage steht dann natürlich die Befürchtung, dass das Personal überlastet sein könnte oder wenn das nicht so ist, müsste es ja so sein, dass die Heime nicht so belegt sind, wie man ursprünglich gerechnet hat. Darüber möchte ich zusammen mit meiner Fraktion näheren Aufschluss.

ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Ich halte fest, wir sind noch nicht in der Detailberatung. Wir sind noch in der Eintretensdebatte. Der Gemeinderat kann diese Fragen dann am Schluss beantworten.

ER Willi Josel (SVP)

Der Stellenplan hat ja seine positive Seite, wenn keine Erhöhungen nötig sind und wenn man das auch nicht vorschlägt. Das ist der Stellenwegfall beim Friedensrichter. Das Parkplatzregime bei den Rheinfallparklätzen ändert auch. Auch wir haben gesagt, solange es nicht ansteigt ist es gut. Auch uns ist aufgefallen, die Stellen für die Alters- und Pflegeheime sind nicht besetzt. Uns ist das auch aufgefallen. Uns liegen die älteren Mitbürger sehr am Herzen und wir finden, wenn keine Einschränkung der Pflegequalität vorliegt, dann kann man das auch so lassen. Wenn das aber der Fall sein sollte, dann möchten wir anregen, dass für unsere älteren Mitbürger die Stellen lieber besetzt werden. Das ist viel wichtiger.



ER Walter Herrmann (FDP)

Man kann das anschauen, wie man will. Wir sind befriedigt, dass der Stellenplan gegenüber dem letzten Jahr keine Ausrutscher beinhaltet. Uns ist bewusst, dass diese Stellenunterbesetzung in der Spitex und im Alters- und Pflegeheim da ist. Es könnte unter Umständen auch so sein, dass es an der Verwaltung liegt, die hier geschickt und subtil vorgeht und bei Maximalbesetzung Maximalstellen einsetzt und bei weniger starker Besetzung weniger Personal einsetzt. Quasi unternehmerische Freiheit. Wir haben das auch gesehen. Da müssten ja Klagen vom Altersheim her kommen, dass sie überlastet sind. Einfach Stellen zu besetzen, ohne dass man sie braucht, da wären wir von der FDP auch nicht dafür.

GR Christian Di Ronco

Gerne gebe ich Antwort auf die Ausführungen und Anmerkungen. Man muss also nicht besorgt sein um die Bewohner der Alters- und Pflegeheime. Diese Stellenprozente (108 Stellen) wurden schon vor Jahren bewilligt und sind seit Jahren schon nicht ausgelastet. Die Basis für die Stellenberechnung geht von den BESR Punkten aus. Das gibt uns die Auslegung für die Anzahl Mitarbeiter, die es braucht. Und seit 2008 sind die BESR Punkte gefallen. Die Heime sind nicht weniger ausgelastet durch das. Die Betten sind praktisch belegt. Wir haben mehr Bewohner in den unteren Stufen, wo praktisch kein Pflegepersonal gebraucht wird. Wir haben ja eine Ombudsstelle. Da habe ich nachgefragt. Es gibt praktisch keine Klagen von Bewohnern und auch von Mitarbeitern. Wir haben eine Klage mal gehabt. Das ist eigentlich auch der Beweis, dass es in den Heimen gut läuft und der Heimleiter hat sicher auch die Aufgabe, sorgfältig mit den Finanzen umzugehen. Nicht einfach Stellen besetzen, dass sie besetzt sind. Wir haben auch ein Qualitätsmanagement, das pünktlich alle 3 Jahre gemacht wird. Unser Heim wurde mit der Note 5 taxiert. Da sind wir auf gutem Weg. Dasselbe ist mit der Spitex. Da hatte man damals bei der Integration der Spitex von 15 Stellen gesprochen plus 3 zusätzliche Stellen, bei einer Ausgangslage von 19'700 geleistete Stunden. Heute sind wir hochgerechnet auf 2010 bei ungefähr 18'100 Stunden. Auch hier haben wir einen gewissen Spielraum. Ich finde es auch sinnvoll, dass wir hier in bisschen Reserve haben bzw. einen Spielraum im Stellenplan nach oben, damit wir auch auf die Veränderung der Bewohner, die mehr Pflege brauchen, schnell reagieren können.

Keine Detailberatung.

Antrag:

Für das Jahr 2011 werden 212 Stellen bewilligt.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 2 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2011 bis 2014

*Eintretensdebatte:*ER Markus Anderegg (FDP)

Dieses Papier Finanzplan ist sehr interessant und wir von der FDP möchten uns zuerst einmal bedanken. Er ist sehr aufschlussreich, sehr übersichtlich dargestellt und man kann sich richtig gut darin vertiefen und viele Sachen auch zwischen den Zeilen lesen. Es ist wichtig, dass die Gemeinde mittelfristig eine Finanzplanung macht und die Budgets und die Rechnung dann damit vergleicht um auf Kurs zu bleiben. Grundsätzlich sind wir von der FDP der Meinung, es sind ziemlich viele Investitionen darin enthalten. Da ist vielleicht noch einiges dabei, das wir gerne hätten und dann vielleicht doch nicht machen können. Das ist aber nicht so schlimm. Ich denke es ist besser, man nimmt es in die Finanzplanung auf, sieht was es für Konsequenzen hat aber es ist ebenso klar ablesbar, dass wir einige Dinge dann wahrscheinlich auch wieder streichen müssen. Es gibt aber ein paar wichtige Dinge darin. Vielleicht das wichtigste für mich ist die Sanierung des Schulhauses Kirchacker. Das ist jetzt wirklich eine Position im Finanzplan, die wirklich nicht weitergeschoben werden kann. Es macht ja keinen Sinn, dass wir zwei sehr gut unterhaltene Schulanlagen haben und die dritte kommt einfach nie zu einem Umbau. Wir werden diesem Finanzplan zustimmen. Vielleicht noch am Rande erwähnt ist, dass wir nach wie vor eine angespannte Lage haben. Wir haben sehr viel investiert in der Vergangenheit, das wissen wir, haben das auch bewusst gemacht. Wir werden in Zukunft immer noch investieren, auch richtig, aber wir müssen aufpassen, dass wir die Finanzen der Gemeinde immer noch unter Kontrolle haben und dass wir trotzdem die Schulden wieder etwas langsam stetig abbauen können. Wenn wir diesen Finanzplan soweit unter Kontrolle haben und ihn etwa so wie hier skizziert einhalten, dann sollte das auch der Fall sein. Wie gesagt, es werden ein paar Projekte über die Klinge springen müssen. Die zwei Begriffe Selbstfinanzierungsgrad und Selbstfinanzierungsanteil sind, wie sie aus den Unterlagen entnehmen, nicht gerade gut. Da müssen wir schauen, dass wir wieder in eine bessere Zone gelangen. Ich und damit auch meine Fraktion sind der Überzeugung, dass wir auf gutem Wege sind mit der notwendigen Sensibilität aber immer am Ball bleiben müssen und wir vielleicht auch hier im Rat bei gewissen Ausgaben schon wieder den Zeigefinger heben müssen, mindestens die FDP.

ER Willi Josel (SVP)

Auch wir haben den Finanzplan studiert und für uns ist natürlich klar, jeder Plan ist ein Plan und schaut in die Zukunft und das ist sehr schwer, die Zukunft zu berechnen. Es gibt ja Unsicherheiten und es wird auch Veränderungen geben. Wenn das Schulgesetz angenommen wird, gibt's Veränderungen; die Vermögenssteuer, da gibt es Bestrebungen, diese zu senken und auch bei den Beiträgen zur Unterstützung der Krankenkassenbeiträge. Auch hier muss etwas gehen, da die Beträge immer nach oben gehen. Da gibt es einige Unsicherheiten und leider gibt es auch negative Bereiche. Manchmal muss man sagen, die sind von schlecht bis mies. Es gibt auch positive Punkte. Das Positive muss man sagen ist das Eigenkapital. Wir haben natürlich, wie es auch von der FDP gesagt wurde, reduzierte Möglichkeiten betr. Investitionen. Etliche müssen wir machen und einige müssen wir sicherlich zurückstellen. Wir müssen noch abwarten, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Wir haben für das letzte Jahr mit einem Defizit von rd. Fr. 1.6 Mio. gerechnet. Jetzt schaut es wieder gut aus. Der Zentralverwalter, Alexander Moser, hat sehr gute Dienste gemacht. Wir wollen keine weitere Verschuldung, aber was wir auch nicht wollen ist, dass wir die Milchkuh des Kantons sind, dass wir noch die Einzigen sind, die den Finanzausgleich finanzieren. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir das stoppen können. Es bleibt auch wichtig, dass wir im Lohnbereich Mass halten.



Wir kommen dann noch beim Budget dazu. Auch hier muss man vorsichtig sein und so wie die Situation ist, wird die SVP alle 8 Daumen in die Höhe halten, dass das ganze gut herauskommt.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Die CVP hat mit Interesse den Finanzplan studiert. Erfreut sind wir hinsichtlich des allmählichen Rückgangs der Bruttoschulden. Der Trend zeigt deutlich nach unten. Wenn die Wirtschaftslage sich weiterhin gut entwickelt, kann mit höheren Steuereinnahmen gerechnet werden als budgetiert. Was einige Agglomerationsprojekte betreffen haben wir ernsthaft den Eindruck, ob diese auch wirklich notwendig sind. Da gibt es zu gegebenem Zeitpunkt noch einiges zu diskutieren. Mit uns ist zu rechnen! Wir nehmen den Finanzplan zur Kenntnis.

ER Jakob Walter (parteilos)

Bei früherer Gelegenheit haben wir schon kritisiert, dass die Investitionen sehr strassenlastig sind. Wir haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass diese Kritik für diesen Finanzplan nicht mehr zutrifft.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Auch die ÖBS hat sich mit dem Finanzplan auseinandergesetzt und wir empfinden es auch als eine sehr taktische Unterlage, dass man Jahre in die Zukunft gehen kann und die Pläne erkennen und absegnen kann. Wir haben einzelne Fragen und Anmerkungen in der Detailberatung.

GR Dino Tamagni

Das ist ja ein Bericht zur Kenntnisnahme. Vielleicht zum Eintreten auf den Bericht. Es ist richtig, dass der Selbstfinanzierungsgrad nicht optimal ist. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass wir noch diverse Investitionen machen müssen und wie gesagt, die sind dringend notwendig. Das sind nicht irgendwelche Investitionen, die sich der Gemeinderat aus den Fingern gezogen hat. Die drängeln sich mit der Zeit schneller auf, als dass wir uns das gedacht haben. Zum Finanzausgleich, den die Gemeinde leisten muss. Im Prinzip basiert der Finanzausgleich auf einer kantonalen Gesetzesvorgabe. Der ist unterteilt in einen Lasten- und einen Ressourcenausgleich. Der Lastenausgleich teilt sich wiederum auf in die Bildungslast und dann in die Sozialhilfelastrast und die Polizeilast und dann gibt's noch eine Abgeltung für die Zentrumsfunktion. Insbesondere ist die Differenz bei den Bildungslasten zu suchen, wo die Gemeinde Neuhausen anteilmässig zur Einwohnerzahl eine tiefe Schülerzahl bzw. Jugendlichenzahl hat. Aus diesem Grund kommen wir da zum Handkuss und müssen da eher gegenüber den anderen eine höhere Abgeltung leisten. Was noch weiter dazukommt, ist dass wir bei der Steuerkraft gar nicht so übel dran sind, eigentlich haben wir eine gute Steuerlast hier in Neuhausen. Das sieht man unserem Steuerfuss ja auch an, dass wir da nicht so schlecht dran sind. Insgesamt, wenn man natürlich mit Schaffhausen vergleicht. Schaffhausen hat da natürlich eine sehr viel höhere Zentrumslastabgeltung wie Neuhausen. Ich denke, die ist auch gerechtfertigt, indem Schaffhausen wirklich eine höhere Last erbringt. Aus diesem Grund hat natürlich auch der Gemeinderat dazumal reagiert und gewissen Leistungen, die die Gemeinde direkt an Schaffhausen bezahlt hat. Zahlung, die hat der Gemeinderat dann auch aus dem Budget resp. aus der Rechnung entfernt, dass da nichts mehr separat abgegolten wird sondern wirklich nur noch über die Zentrumslast. Im Ganzen muss ich sagen, Neuhausen fährt sicherlich nicht schlecht mit diesem Ausgleich. Zum Glück haben wir für dieses Jahr eher ein Defizit vorgesehen, dann gleicht es sich wieder aus. Ich denke, schlussendlich ist es hier gerecht und sonst müssten sicherlich kantonale Gesetze angepasst werden. Die anderen Voten waren positiv. Da



bedanke ich mich auch für die Darstellung. Der Zentralverwalter, Alexander Moser, hat sich hier Zeit genommen und hat das ganze dargestellt. Die Gemeindeschreiberin hat das auch noch überarbeitet, dass für Sie gut ersichtlich sein sollte, wie sich die Zahlen verhalten werden. Detailfragen nehme ich natürlich gerne noch entgegen.

Detailberatung:

ER Jakob Walter (parteilos)

Seite 7, Beilage 7 zu Finanzplan 2011 – 2014, Agglomerationsprojekt 44, Rheinfall Verbesserung Veloführung

Verbesserte Veloführung haben wir vor rd. 10 Jahren mit einem Vorstoss gewünscht. Schön, wenn das kommt. Jetzt, wenn der Gemeinderat das Rheinfallgebiet an den Kanton verkaufen möchte, frage ich mich schon, ob die entsprechenden Ausgaben um den Rheinfallverkehr und alles zu verbessern, nicht auch beim Kanton lokalisiert werden sollte?

GP Stephan Rawlyer

Vorab die Richtigstellung. Es wird nichts verkauft am Rheinfall. Es sollte im Baurecht abgegeben werden. Das ist ein fundamentaler Unterschied. Bei diesen Agglomerationsprojekten hat der Bund bauernschlau gehandelt. Er hat nämlich von allen Agglomerationen eingefordert, das haben wir eingereicht und er hat grossartig gesagt, wir bezahlen 40 %. Aber das war vor ein paar Jahren und der Bund hat gesagt wir bezahlen nicht mehr als 40 % von der ursprünglichen Summe, auch wenn es eine Teuerung gegeben hat oder sich ein Projekt aus qualitativen Gründen hat verändern müssen. Der Kanton Schaffhausen hat sich entschieden, die Hälfte der noch verbleibenden Summe zu bezahlen. Die andere Hälfte muss die Gemeinde bezahlen. Sie müssen jetzt also folgende Rechnung machen. Gesamtkosten minus 40 % von der ursprünglichen Summe. Das ergibt einen neuen Betrag. Dieser geteilt durch 2. Der Kanton bezahlt die Hälfte davon und wir bezahlen die Hälfte. Jetzt gibt es Projekte, die sind mehr im Interesse der Gemeinde und andere sind etwas mehr im Interesse des Kantons. Das ist nicht nur in Neuhausen am Rheinfall so. Das ist in Beringen so wie auch in Schaffhausen. Das ist auch bei der Elektrifizierung ein ganz grosses Agglomerationsprojekt der DB Trasadingen, Erzingen. Um was geht es hier bei der Veloführung aber konkret? Diese ist ausserhalb, des Gebietes, das wir an den Kanton Schaffhausen abtreten wollen. Hier geht es nämlich um die Strecke von der Eisenbahnbrücke bis Richtung Haus Mühlerad. Diese Verbindung. Es gibt ja dort einen schmalen Weg, den müssen wir auch sanieren. Der ist in einem sehr problematischen Zustand. Es gibt dort auch gewisse geologische Unwegbarkeiten. Man sieht das am sehr geflickten Belag an. Der immer wieder Risse hat. Wir wollen andererseits – das liegt dann auch im Interesse der Gemeinde – den Veloverkehr aus dem Bodenseeraum herbringen. Andererseits den Veloverkehr vom Schwarzwaldgebiet her wieder ableiten Richtung Bodensee. Sie haben sicherlich bemerkt, dieses Jahr ist die Velowelle sicherlich bis Stein am Rhein gekommen. Ich würde sagen, bis in etwa drei Jahren ist diese Welle in Schaffhausen und dann geht es noch ein Jahr, dann ist die Welle hier in Neuhausen am Rheinfall angekommen. Das ist so. Der Velotourismus boomt. Da ist wirklich ein positiver Effekt zu sehen. Wir haben natürlich die Möglichkeit, den Veloverkehr wie bis anhin auf die Zürcher Seite zu leiten über den eisernen Steg. Man muss sich aber dann auch nicht wundern, wenn auf Neuhauser Seite nichts mehr konsumiert wird. Wir haben aber die Chance auf den grossen Velowegen hier als Durchgangseloweg aufgeführt zu werden. Ein grosser Weg ist z.B. derjenige vom Schwarzen Meer Richtung Atlantik. Dort soll die Route bei uns durchführen. Wir haben einmal geschaut, wie könnte man das lösen und ein mögliches Projekt ist, dass man einen Steg in die Uferzone baut und das kostet eben mehr als den stolzen Betrag, den sie hier sehen. Wir müssen uns aber klar sein, diese Abstimmung wird nicht gewonnen, weder beim Einwohnerrat noch



beim Volk, das ist mir völlig klar. Man muss sich aber auch klar sein, dass sog. Bruggenwegli, da müssen wir etwas machen. Das wird plus/minus auch in dieser Höhe kosten. Wir haben dann vermutlich die Wahl, machen wir das Agglomerationsprojekt 44 und bezahlen netto Fr. 1'020'000.00 oder machen wir für den gleichen Betrag das Bruggenwegli einfach alleine ohne Beteiligung des Kantons. Ich denke diese Diskussion muss noch geführt werden. Überzeugungsarbeit muss wohl bei uns allen hier im Raum noch geleistet werden. Ich nehme mich davon absolut nicht aus.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Seite 7, Beilage 7 zu Finanzplan 2011 – 2014, Agglomerationsprojekt 43, 45 und 26

Wir haben uns sehr gefreut, dass die Agglomerationsprojekte 43 und 45 schon nächstes Jahr vorgesehen sind. Eine Bemerkung noch zum Agglomerationsprojekt 26, flankierende Massnahmen zum Galgenbucktunnel. Da sind anscheinend mehr als die 3 Jahre insgesamt Fr. 200'000.00 eingeplant. Wird das reichen, wenn das wirklich griffige Massnahmen sein sollen?

GP Stephan Rawyler

Zuerst zum Agglomerationsprojekt 45. Diese Fr. 10'000.00 sind eigentlich mehr ein Erinnerungsposten. Hier handelt es sich um ein Projekt des Kantons. Er will ja das Gebiet Charlottenfels grundsätzlich aufwerten. Auch für gewisse repräsentative Zwecke. Ein erster Schritt ist jetzt erfolgt mit der Nutzung des 1. Geschosses der Villa Charlottenfels, wo ja morgen ein Museum eröffnet wird. Zu Agglomerationsprojekt 26 muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, stehen wir ganz am Anfang der Arbeit. Wir haben uns jetzt letzte Woche erst über die Plangenehmigungsverfügung gefreut, die 62 Seiten stark dahergekommen ist und die Arbeit, welche flankierenden Massnahmen notwendig sind und welche davon wir selbst bezahlen müssen, und welche über das Projekt gehen, das ist noch nicht ganz klar. Das ist einfach mal ein Sicherheitsbetrag. Es kann etwas mehr sein, es kann aber auch weniger sein. Aber es ist nur hier enthalten, was nicht über das Strassenprojekt Galgenbucktunnel N4 geht.

ER Willi Josel (SVP)

Seite 7, Beilage 7 zu Finanzplan 2011 – 2014, Agglomerationsprojekt 28, Sammelstrasse Süd

Der Gemeinderat hätte gar nicht in die Ferien gehen müssen, weil Berg und Tal haben wir bei uns in der Gemeinde genug und es ist zu hoffen, dass diese Berge und Täler bald aufgehoben werden. Diese haben aber, wenn sie aufgehoben sind, einen Zweck nämlich das Ortszentrum attraktiver zu machen, mit der Geschwindigkeit herunter und da habe ich auch nichts dagegen. Irgendwann müssen wir die Sammelstrasse Süd auf die Schiene bringen. Mich interessiert es, was die Fr. 100'000.00 2012 bedeuten, was man da macht und dann ist es hinterher ziemlich leer. Ich weiss nicht, wie lange es geht, bis man das in Angriff nimmt. Ich denke, man umfährt dann praktisch Neuhausen und das ist ein positiver Punkt und den sollten wir in Angriff nehmen, auch wenn der Selbstfinanzierungsgrad nicht so goldig ist. Warum Fr. 100'000.00 und wann wird gebaut?

GP Stephan Rawyler

Das ist eine gute Frage. Leider habe ich heute die Kristallkugel nicht dabei um präzisere Angaben machen zu können. Die Fr. 100'000.00 hängen direkt mit dem Baufeld 10 zusammen. Eine Möglichkeit ist eine Etappe 2 und 3 der Sammelstrasse Süd. Die Verbindung von der Rheinstrasse entlang des Wohlfahrtshauses über die Parkplätze, das wäre Etappe 2. Etappe 3 wäre von diesen Parkplätzen Richtung Curtiss Wright Gebäude. Je nachdem, wie sich das Projekt Baufeld 10 entwickelt, kann es sein, dass dort relativ rasch gebaut wird. Die Etappe 1, die geht jetzt wieder von



diesen Parkplätzen hinunter Richtung Bahnhofstrasse, ungefähr dort, wo Albert Corrà seinen Entsorgungshof hat. Das sind wir zusammen mit der SIG noch am Klären, welche Elemente es braucht, damit diese Strasse gebaut werden kann. Zu denken ist zudem vor allem an publikumsintensive Nutzung. Eine erhöhte Zahl von Parkplätzen, ohne dass es eine publikumsintensive Nutzung wäre oder eine starke Erhöhung der bebauten Fläche. Da sind wir aber zurzeit noch am überlegen. Wir haben die ganze Strecke gesichert. Ein Korridor ist gesichert. Es stehen seit längerer Zeit die letzten Verhandlungen mit den SBB im Raum. Das ist nicht ganz einfach, weil jeweils die zuständige Person kurz vor Vertragsschluss wieder wechselt. Das ist etwas mühsam. Aber wir verhandeln gerne mit den SBB. Es gibt noch andere Staatsbahnen, die sind viel mühsamer. Wir denken, das zusammen mit dem Baufeld 10 vermutlich diese Fr. 100'000.00 ganz sicher kommen werden. Es ist auch so, dass sich die SIG in angemessener Weise an den Kosten beteiligen muss. Für diese Sammelstrasse Süd. Von einer eigentlichen Umfahrung der Gemeinde kann man aber nicht sprechen. Es ist wirklich eine Verbesserung der Verkehrssituation zur Erschliessung des SIG Areals. Führt sicherlich zu einer gewissen Entlastung des Zentrums, aber es ist wirklich primär, das ist mir wichtig, eine bessere verkehrsmässige Anbindung des SIG Areals. Das rechtfertigt ja auch, dass wir von der SIG einen Beitrag verlangen können. Wäre es eine reine Umfahrungsstrasse, dann könnten wir nichts verlangen. Sie können sich vielleicht erinnern, wir haben vor ca. 1.5 Jahren die Grundeigentümergeverordnung angepasst und darin wurde ja vorgesehen, dass wir nicht nur mit Verfügungen sondern auch Betragsmässig verhandeln können, sofern das Ergebnis dem entspricht, was auch in der Verfügung ist. Dieses Mittel nehmen wir nun in Anspruch und stehen in Verhandlung mit der SIG.

ER Arnold Isliker (SVP)

Seite 7, Beilage 7 zu Finanzplan 2011 – 2014, Agglomerationsprojekt 20, Töbeliweg/Zollstrasse

Mir sticht das Agglomerationsprojekt 20 ins Auge. Wir haben dazumal eine Volksabstimmung gehabt und diese ist im negativen Sinne verlaufen, dass man einen Ausbau macht. Ich beantrage eher, dass man weiter westlich ins Auge fasst, dass man sich dort einmal mit einem Kreisel befasst. Etwa auf Höhe Friedhof, damit man im westlichen Teil des Dorfes den Verkehr auch mehr kanalisieren kann mit einem Kreisel. Ich bin kein Freund von diesem Agglomerationsprojekt und in der Budgetberatung werde ich dann den Antrag stellen, dass dieser Posten gestrichen wird.

ER Peter Gloor (SP)

Seite 9, Beilage 7 zu Finanzplan 2011 – 2014, Neugestaltung Industrieplan Geschenk SIG

Wie weiter?

GP Stephan Rawlyer

Ich kann wieder einmal Neuigkeiten berichten. Wir haben eigentlich zwei grosse Baustellen, die koordiniert werden müssen. Baustelle Nr. 1 ist das Baufeld 10 und Baustelle Nr. 2 ist die S-Bahn Haltestelle Zentrum und in der Mitte liegt ja der Industrieplatz. Da muss etwas geschehen. Hier wurden nun die entsprechenden Aufträge verteilt, das man das wieder anschaut, wie kann man diese beiden grossen Vorhaben sinnvollerweise verbinden, dass es da ein Gesamtwerk gibt. Es ist Ihnen sicherlich auch aufgefallen das Restaurant Grütli und daneben war noch ein Arbeitsbekleidungsladen sind geschlossen. Die Papeterie Rüegg ist auch geschlossen. Da gibt es natürlich auch Interessenten für diese Liegenschaften, die unter Umständen auch einzubinden sind. Es ist aber nun jemand beauftragt mit dieser Koordination und ich denke, das gibt eine gute Sache. Einerseits SIG, andererseits SBB und Gemeinde. Wir wollen aber nicht mit dem Industrieplatz starten. Der Taktgeber ist wirklich die SBB und die SIG.



ER Lenz Furrer (ÖBS)

Seite 11, Beilage 7 zu Finanzplan 2011 – 2014

Ich habe hier nur eine kleine Verständnisfrage. Sonst wird bei der Spalte Kredit immer der Differenzbetrag angegeben zwischen Einnahmen und Ausgaben. Hier ist das bei den zwei untersten Spalten anders. Sind diese Einnahmen ungewiss oder woran liegt das?

GP Stephan Rawyler

Wir haben bei den Einnahmen jeweils echte Einnahmen aufgeführt und diese dann abgezählt, also wenn eine Drittperson (der Kanton, der Bund, Grundeigentümerbeitrag) geleistet wird. Hier haben wir eine Entnahme aus unserem eigenen Portemonnaie. Es wird aus einem anderen Bereich des Portemonnaies Geld genommen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Seite 11, Beilage 7 zu Finanzplan 2011 – 2014, Projekt Arc Actuel

Worum handelt es sich beim Projekt Arc Actuel. Ist das ein Kunstwerk? Steckt hier wieder einmal Beat Toniolo dahinter?

GP Stephan Rawyler

Ich bin sehr froh, dass diese Frage kommt. Das gibt ein gutes Werk am Schluss. Die Stadt Schaffhausen hat das Projekt PASS durchgeführt. Potenzialentwicklung Stadt Schaffhausen. Der Bund und der Kanton bieten zur Zeit Gelder an um Gemeindeentwicklungen zu fördern und mit dem Projekt Arc Actuel soll auf die Bundesgelder im Rahmen des regionalen Standortentwicklungsgenerationenfonds des Kantons zurückgegriffen werden und in einem Bogen über die Gemeinde hinweg gesehen, wo könnten wir uns noch entwickeln? Thema dürfte sicher die Burgunwiese sein bis zur Scheidegg, dann der Bereich, wo wir jetzt sind, Rhyfallhalle. Dann haben wir diverse Miethäuser, die nicht mehr dem aktuellen Stand entsprechen. Wie können wir die Eigentümerinnen und Eigentümer überzeugen, dass man gewisse innovative Renovationen machen muss. Das sind so im groben die Projekte, die wir vorgesehen haben und das ist einfach ein Rahmenkredit, wenn wir diesen nicht Ausschöpfen müssen, dann umso besser. Da sollte es aber auch noch einen Bericht und Antrag an Sie geben. Zurzeit liegt das jetzt im Volkswirtschaftsdepartement zur Prüfung. Es kommt dann irgendwann zum Gemeinderat und dann wieder zu Ihnen.

Antrag:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von diesem Bericht.

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von diesem Bericht.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Budget 2011

- Genehmigung Bericht und Antrag**
- Genehmigung Budget und Steuerfuss 2011**

Erläuterungen:

GR Dino Tamagni

Genau vor einem Jahr hat Ihnen mein Vorgänger, Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler ein Budget vorgelegt, welches ein Defizit für 2010 von Fr. 1.6 Mio. Franken auswies. Gleichzeitig hat er darauf hingewiesen, dass Neuhausen am Rheinflall kein strukturelles Defizit aufweist und dass nicht auf Dauer mit Defiziten gerechnet werden muss, sofern sich die Steuereinnahmen wieder erholen. Da die Konjunkturlinie wieder nach oben zeigt, manchmal ein bisschen steiler und manchmal fast nur geradeaus, aber trotzdem aufwärts, kann für 2011 wieder mit höheren Steuereinnahmen gegenüber 2010 gerechnet werden. Nach deren vorsichtigen Einschätzung, darf der Gemeinderat Ihnen deshalb ein erfreuliches Budget präsentieren, das beinahe ausgeglichen ist und erst noch einen Steuerrabatt von 1 % zulässt. Die Zahl, die sich hinter dem beinahe ausgeglichenen Budget verbirgt, ist ein Aufwandüberschuss von Fr. 193'000.00.

Die Steuereinnahmen sehen etwas besser aus, erreichen aber bei weitem noch nicht die Höhe vergangener Jahre. Sowieso auszuklammern gilt es dabei das Rechnungsjahr 2009, welches von der sehr guten Ertragslage der juristischen Personen der Jahre zuvor profitierte. Aufgrund der Teilrevisionen des Steuergesetzes im 2007 für juristische und 2008 für natürliche Personen sowie des Ausgleichs der kalten Progression, ist im 2010 mit einem tieferen Steuerertrag zu rechnen. Da die Wirkung der Gesetzesänderungen erst nach Abschluss des laufenden Jahres überprüft werden kann, war es umso schwieriger, die Einnahmen für 2011 zu beziffern. Nachdem rund 2 Monate seit der Erarbeitung des Budgets 2011 im August verstrichen sind, kann jedoch nach Vorliegen der neuesten Steuerzahlen davon ausgegangen werden, dass die budgetierten Einnahmen für 2010 plus/minus für die juristischen wie auch für die natürlichen Personen zutreffen. Selbstverständlich sind die Aufrechnungen vergangener Jahre darin enthalten. Basierend auf dieser Erkenntnis bestätigen sich auch die prognostizierten Steuereinnahmen für 2011.

Der Gemeinderat stieg dieses Jahr mit einem Defizit von rund Fr. 2 Mio. in die Budgetberatung ein. Nach eingehender Prüfung jeder einzelnen Kontoposition ist es ihm gelungen, das Budget soweit zu straffen, dass einerseits die Gesamtlohnsumme um 1.2 Prozent erhöht und andererseits der Steuerfuss von 97 % mit einem einprozentigen Steuerrabatt ausgestattet werden kann. Gegenüber dem Vorjahr wird die Privilegierung der Qualifikationen A und B bei der Mitarbeiterbeurteilung wieder auf die Qualifikation C (= gut) erweitert. Sowohl die Erhöhung der Gesamtlohnsumme um 1.2 % wie auch die Festlegung der Parameter bei der Mitarbeiterqualifikation wurden mit der Personalkommission abgesprochen. Der Gemeinderat und die Personalkommission sind der Ansicht, dass aufgrund der sich erholenden Finanzlage der Gemeinde eine Abweichung von 0.4 % gegenüber dem Kanton, welcher eine Erhöhung der Gesamtlohnsumme von 0.8 % vorsieht, vertretbar ist, da der Kanton für das Jahr 2010 seinen Angestellten und dem Lehrpersonal eine um 0.5 % höhere Lohnerhöhung als die Gemeinde zugesprochen hatte. Die Erhöhung der Gesamtlohnsumme beim Kanton für das Jahr 2011 bedarf noch der Genehmigung durch den Kantonsrat. Wie immer gilt es noch zu erwähnen, dass der Gemeinderat von der individuellen Lohnerhöhung nicht profitiert, sondern nur von der ausgeglichenen Teuerung (0.3 %).

Insgesamt erhöht sich der Personalaufwand gegenüber dem Voranschlag 2010 um Fr. 600'000.00. Darin enthalten ist die geplante Lohnerhöhung von rund Fr. 220'000.00 und eine Abweichung bei



den Pensen der Lehrer. Gleichzeitig wurde dem Wegfall der Pensen für das Verkehrsdienstpersonal am Rheinfall Rechnung getragen. Der Kanton bewirtschaftet ab 1. Januar 2011 die Rheinfallparkplätze wieder selbst. Zusammen mit den ansteigenden Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitslosenversicherung für 2011 kann die Abweichung gegenüber dem Vorjahr begründet werden. Zur besseren Kostentransparenz werden die Löhne der Verwaltungspolizei direkt im Konto 1139 zugewiesen und mittels Verrechnungen den entsprechenden Kostenstellen belastet.

Der Sachaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 1.4 Mio. angestiegen. Die Erhöhung resultiert dabei vor allem aus dem Gaseinkauf des Gaswerkes sowie aus dem baulichen Unterhalt der gemeindeeigenen Liegenschaften. Für den Gebäudeunterhalt müssen erhöhte finanzielle Mittel aufgewendet werden. Die Faustregel besagt, dass rund 1 % des Gebäudewertes jährlich für den Unterhalt verwendet werden sollte. Dieser Wert kann trotz der Erhöhung nicht erreicht werden. Das gleiche gilt für den Strassenunterhalt. Neben dem erhöhten üblichen Bedarf konnten die Spuren des Winters 2009/2010 in diesem Jahr nicht vollständig beseitigt werden. In den kommenden Jahren sind zudem umfangreichere Belagssanierungen zu erwarten. Die übrigen Sachaufwandkonten wurden vom Gemeinderat wiederum bewusst tief gehalten.

Weiterhin positiv wirken sich die tiefen Zinsen aus. Zusammen mit der hohen Liquidität der Gemeinde ist bei den Passivzinsen mit einem weiteren Rückgang zu rechnen, da derzeit kein langfristiges Kapital aufgenommen werden muss. Die gesetzlichen Abschreibungen erfolgen wie immer zu 10 %. Die Nettoinvestitionen fallen um rund Fr. 700'000.00 tiefer aus als im Finanzplan 2010 - 2013 vorgesehen. Diese Reduktion erlaubt es auch, die Verschuldung in Grenzen zu halten. Entsprechend wurde der Finanzplan 2011 - 2014 angepasst.

Waren es im letzten Jahr vor allem die Beiträge für die soziale Wohlfahrt, die zu Buche schlugen, sind es in diesem Jahr die Aufwendungen für die Alters- und Pflegeheime. Aufgrund der Änderungen des Bundesrechts sowie des kantonalen Rechts ist die Gemeinde verpflichtet, die pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner mit einem vorgegebenen Beitrag zu entlasten. Dieser muss zwingend dem Konto 5708 "Beiträge für Alterspflege in Heimen" belastet und dem Konto 5700 "Altersheime" gutgeschrieben werden. Mit dem auf den 1. Januar 2011 einzuführenden Pflegegesetz beteiligt sich der Kanton mit 50 % an der Subvention der Gemeinde an die Heime. Da die Subvention des Kantons auf der laufenden Jahresrechnung basiert, werden diese verzögert im Folgejahr abgerechnet. So sind im 2011 nur die Subventionsbeiträge aus dem 2010 berücksichtigt. Dies führt insgesamt zu einem Mehraufwand für die Gemeinde in Höhe von Fr. 1 Mio. für 2011. Sobald sich die Leistungsbeiträge des Kantons eingependelt haben, kann davon ausgegangen werden, dass neben den früheren Defiziten in durchschnittlicher Höhe von Fr. 200'000.00 weitere Fr. 300'000.00 bis Fr. 400'000.00 hinzukommen.

Die Sozialhilfe wird trotz der verbesserten Konjunkturlage eher auf dem heutigen Niveau stagnieren. Obwohl die Industrie und das Gewerbe langsam wieder Personalbedarf anmelden, bezieht sich dieser meist nicht auf einfache Jobs. Hinzu kommt, dass mit der Annahme der Vorlage des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes die Bezugsberechtigung von Arbeitslosengeldern nach der Teilnahme in Arbeitsprogrammen wie z. B. der Stiftung Impuls entfällt und demzufolge ein Anstieg bei der Sozialhilfe zu erwarten ist.

Sofern der Einwohnerrat und das Volk den Gebühren im Bereich der Grünabfuhr zustimmen, ist auf der Einnahmenseite mit Entlastungen im 2011 zu rechnen. Diese werden jedoch nicht in einer Masse ausfallen, dass sie als verursachergerecht bezeichnet werden können. Ein weiteres Kapitel ist das Abwasser. Die Vorlage ist in Ausarbeitung, wird jedoch nicht wie vorgesehen dieses Jahr, sondern erst 2011 rechnungswirksam. Eine Umsetzung ist zwingend notwendig, ansonsten die Eidg. Steuerverwaltung die geltend gemachten Vorsteuerabzüge bei der Mehrwertsteuer auf den Investitionen in sechsstelliger Höhe zurückfordern könnte.



Zu danken habe ich dem Zentralverwalter, der in gewohnt speditiver und zuverlässiger Weise die Budgetzahlen zusammengetragen und immer wieder geduldig neue grössere und kleinere Änderungen im Budget nachgetragen hat. Ebenfalls danke ich meiner Kollegin und meinen Kollegen im Gemeinderat sowie der Gemeindeverwaltung für das Ausarbeiten des Budgets, wie auch für die alljährlich disziplinierte Budgettreue, die an den Tag gelegt wird. Der Gemeindeschreiberin danke ich für die Zusammenstellung der Kommentare und für die immer wieder sehr gut erstellten Protokolle.

(GR Dino Tamagni erläutert an dieser Stelle noch einige Powerpoint-Folien)

Hans Schärler, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Die Rechnungsprüfungskommission hat den Voranschlag 2011 eingehend geprüft. Wir stellen fest, dass im Gemeinderat und in der Verwaltung der Budgetprozess ernst genommen wird. Zahlenvergleiche zeigen, dass wohl aufgrund der Kenntnisse der laufenden Zahlen aus 2010 für das Budget 2011 Korrekturen angebracht worden sind. Ohne ins Detail zu gehen, führt ein Vergleich mit der Rechnung 2009 möglicherweise zu falschen Schlüssen. 2009 war geprägt durch ausserordentlich hohe Sonderabschreibungen. Kann daher schlecht als Vergleichsbasis dienen. Es fällt auf, dass die Ausgabenüberschüsse in den Bereichen Sozialwesen und Verkehr kräftig zulegen sollen. Im Bereich Soziales sind die Auswirkungen des neuen Sozialhilfegesetzes eine Ursache. Wir alle haben dies erwartet. Damit kann aber nur etwa 2/3 des Anstieges erklärt werden. Für uns ist erstaunlich, dass in diesem Bereich die negativen Einflüsse so stark sichtbar werden. Auf der Einnahmenseite im Bereich Steuern gehen wir aber davon aus, dass die Krise sich nicht allzu stark auswirkt. Im Bereich Verkehr scheinen sich die Investitionen der letzten Jahre bemerkbar zu machen. Dies trotz der massiven Mehrabschreibungen im Jahr 2009. Die Entnahmen aus dem Gemeindeentwicklungsfond zu Gunsten der laufenden Rechnung sind mit Fr. 140'000.00 dieses Jahr relativ tief. Das ist ein Zeichen, dass versucht wird, mit den erwarteten Einnahmen auszukommen. Wir dürfen dabei feststellen, dass die Entnahmen dem Sinn des Fonds nicht widersprechen. Es ist auch zu begrüßen, dass mit dem gut dotierten Fonds die Investitionsrechnung entlastet werden soll. Im Bereich Wasser/Abwasser und Abfall sehen wir, dass die für 2010 versprochenen Massnahmen zur Ertragsverbesserung anscheinend nicht umgesetzt werden können. Wir als RPK sind gesetzlich verpflichtet darauf hinzuweisen, dass die Gemeinde in diesen Bereichen eine ausgeglichene Rechnung anstreben muss. Der Handlungsbedarf wäre also vorhanden. Die Nettoinvestitionszunahme liegt bei ca. Fr. 5.8 Mio.. Dies ist zwar weniger als in den Vorjahren, aber immer noch so hoch, dass eine Zunahme der Verschuldung in Kauf genommen werden muss. Die RPK bedankt sich beim Gemeinderat für die geleistete Arbeit und bittet ihn, unseren Dank an das gesamte Gemeindepersonal weiterzuleiten. Ich bitte Sie, wenn Sie Traktandum 4 zustimmen darauf zu achten, dass sich der Fehlbetrag wesentlich verschlechtern wird. Im Namen der RPK stelle ich fest, dass der Voranschlag 2011 den Vorschriften über den Gemeindehaushalt und das Rechnungswesen entspricht. Die geplanten Abschreibungen erfolgen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Wir beantragen, auf das Budget einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Eintretensdebatte:

ER Willi Josel (SVP)

Ich kann es vorwegnehmen, wir werden auf das Budget eintreten. Haben dann aber in der Detailberatung noch einige Fragen. Ich möchte doch mit der Seite 3 beginnen und zwar mit dem Antrag 1. Ich finde dieser Antrag ist missverständlich formuliert. Denn da heisst es ja wie folgt: " ...



den seither beschlossenen Änderung von 97.0 Prozent, wobei 2011 eine Reduktion von 1.0 Prozent auf 96.0 Prozent erfolgt." Auf der Seite der RPK steht es meines Erachtens richtig indem es hier heisst es gibt hier 1 % Steuerrabatt. Das ist natürlich etwas anderes als wenn man schreibt, dass man von 97 % auf 96 % Punkte heruntergeht. Ich denke, weil das missverstanden werden könnte, müsste man das hier so abändern, dass das Wort Rabatt darin enthalten ist und nicht Senkung auf 96.0 Prozent. Ich komme jetzt zurück auf das abgelaufene Jahr. Wir haben innerhalb der SVP auf den Rabatt verzichtet. Das war damals richtig, weil Fr. 1.6 Mio. minus prognostiziert wurden. Das ist Gott sei Dank nicht eingetreten. Trotz Unsicherheiten sind wir einverstanden mit diesem 1.0 % Rabatt. Würde dieser allenfalls von anderen Fraktionen gestrichen – was wir nicht hoffen – würden wir beim Antrag 2 zu einem Nein kommen. Beim Antrag 2 hat der Gemeinderat unserer Meinung nach voreilig gehandelt. Man hätte sich anhören müssen, was die Stadt und der Kanton gibt. Ich habe gehört, es habe eine gemeinsame Sitzung gegeben, dann hat der Gemeindepräsident diese 1.2 % verkündet. Wir würden uns wünschen, hier in Zukunft eine Koordination vorzunehmen. Wir werden in der Detailberatung diesen oder jenen Streichungsantrag bringen. Wir glauben zwar nicht, dass wir 2 % Rabatt gewähren können. Wie gesagt, wir werden auf das Budget eintreten.

ER Lenz Furrer (ÖBS)

Auch die ÖBS ist für Eintreten und möchte den Anträgen Folge leisten. Wir sind der Meinung, dass es sich hier um ein ausgeglichenes und sehr vernünftiges Budget handelt. Es werden Investitionen getätigt, die wichtig sind. Man darf nicht wegen der Schuldenlast oder wegen eines Defizits in den Rückstand geraten. Auch den Antrag 2 betreffend Lohnsumme möchten wir unterstützen. Es ist ein wichtiges Zeichen an die Mitarbeiter. Ein Zeichen von Wertschätzung, wenn man eine Erhöhung der Lohnsumme durchführt. Wir sind gar nicht jenseits der Ansätze des Kantons. Wir sind vermutlich absolut im Rahmen. Es ist auch wichtig, damit man qualifizierte Mitarbeiter behalten kann und qualifizierte Leute so anzieht. Wir möchten dem zustimmen.

ER Priska Weber (SP)

Der Aufwandüberschuss von Fr. 193'400.00 ist nun eine rote Zahl, nahe an der 0 Grenze - Erfahrungen aus den letzten Jahren ergeben, dass wir mindestens auf eine grosse schwarze Null hoffen dürfen. Wir haben den Eindruck, dass realitätsnah budgetiert wurde und dass auch keine Kostenstelle Einsparungen verzeichnet, dass wir dann als unverantwortlich halten könnten. Das Geld wird nicht im Streuverfahren ausgegeben. Für die meisten unserer SP Wähler und Wählerinnen ist der Steuerrabatt von 1 % ein goldigs Nüteli. Die Tatsache, dass Neuhausen einen beträchtlichen Beitrag an den Finanzausgleich zahlt und die Gemeindeangestellten eine Lohnsummenerhöhung von 1.2 % erhalten, sprechen dafür. Die hohen Schuldzinsen und die schleichenden allgemeinen Gebührenerhöhungen sprechen dagegen. Die SP ist kompromissbereit. Wie weit ergibt sich aus der weiteren Diskussionen und der Detailberatung. Wir halten uns an das Gesamtpaket und bitten Sie, keine Einzelstücke daraus zu ziehen. Die SP ist für Eintreten.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Auch die CVP hat sich mit den Zahlen des Budgets befasst. Sehr zaghaft wurden die Steuereinnahmen dieses Jahr budgetiert, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind nicht gar so arg ausgefallen wie prognostiziert wurde. Die CVP fragt sich nun, warum nicht mutig 2 % Steuerrabatt vom Gemeinderat beantragt wurde? Nun zur Lohnerhöhung von 1.2 % zur individuellen Verteilung an das Personal. Mit einer Jahresteuern von 0,7 % und stark steigenden Krankenkassen-Prämien beurteilen wir die Lohnerhöhung als maßvoll und stimmen dem Antrag ebenfalls zu. Die CVP ist für Eintreten, hat aber zu einzelnen Konten noch Fragen.



ER Marco Torsello (FDP)

Die FDP Neuhausen am Rheinfall hat das Budget 2011 gründlich studiert. Wir sind der Meinung, dass ordentlich vorgegangen wurde. Den Steuerrabatt von 1 % begrüßen wir natürlich. Gerne würden wir auch einen grösseren Steuerrabatt entgegennehmen und sind auch der Meinung, dass sich die Gemeinde Neuhausen dies leisten könnte. In der Vergangenheit kam dies ja beim Rechnungsabschluss und dem resultierendem Überschuss zum Ausdruck. Wir befinden uns aber immer noch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Gerade bei juristischen Personen besteht die Gefahr, dass sie schnell ihre Pläne ändern, plötzlich in einer anderen Region tätig sein wollen usw. Sollte eine solche juristische Person unerwartet im nächsten Jahr aus Neuhausen abwandern, schreibt die Gemeinde bei ihren Finanzen unverzüglich rote Zahlen. Schlussendlich ist es auch erfreulich, wenn die Gemeinde wieder Abschreibungen tätigen und die Gemeindeschulden abbauen kann. So wie das Budget 2011 uns vorliegt, ist es in Ordnung. Im Detail haben wir zu einzelnen Punkten noch Fragen, wir unterstützen jedoch die Anträge. An dieser Stelle noch ein herzliches Dankeschön an die RPK und die Zentralverwaltung für die geleistete Arbeit.

GR Dino Tamagni

Ich danke für die gute Aufnahme des Budgets. Auch der RPK möchte ich recht herzlich danken für die Arbeit, die Sie immer wieder machen. Auch herzlichen Dank für die wertvollen Hinweise, die Sie immer wieder leistet. Zur letzten Aussagen von RPK Präsidenten möchte ich trotzdem noch etwas sagen und zwar zum Traktandum 4 der Schulleitung. Die Auswirkungen wären im 2011 nicht so hoch, wie sie angekündigt worden sind von der RPK sondern sie wären ja erst wirksam auf Schulanfang August 2011. Das wäre nur ein Teil von diesem eingestellten Betrag, welchen wir in der Vorlage haben. Hinzu kommt natürlich, dass sich der Gemeinderat wünscht, dass der Kanton das neue Schulgesetz bis dann zusammen hat und dann quasi auf dieses Schuljahr in Kraft tritt. In diesem Falle würden nur die Sekretariatskosten anfallen. Das wären ca. Fr. 30'000.00 resp. 1/3 davon. Man spricht hier von Fr. 10'000.00 bis Fr. 15'000.00. Im schlimmsten Fall wären es vermutlich etwa Fr. 50'000.00 bis Fr. 60'000.00, wenn die Vorlage des Kantons nicht angenommen wird. Ich denke, das liegt im Toleranzbereich, so dass wir hier nicht grosse Korrekturen machen müssen. Zur SVP. Beim Antrag ist das bis anhin immer so gehandhabt worden, dass wir nie das Wort Steuerrabatt enthalten haben. Ich denke aber, der Gemeinderat kann mit der Änderung des Antrags leben. Bis anhin wurde es nicht so gemacht. Die ÖBS. Das mit dem Lohn und dem Steuerrabatt war natürlich auch ein ausgewogener Kompromiss. Da schliesse ich mich auch der SP an und danke der Fraktionssprecherin, dass sie hier Hand bietet für Kompromisslösungen. Die CVP erwähnt den 2 % Steuerrabatt. Natürlich muss der Gemeinderat bei den Budgetvorlagen sorgsam mit den Geldern umgehen. Die Bilanz sollte eigentlich ausgeglichen sein. Ich glaube eigentlich, dass das der Gemeinderat hiermit erreicht hat und wenn wir noch einen Steuerrabatt zusätzlich gewähren würden, dann wären wir rd. bei einem Defizit von ca. Fr. 0.5 Mio., was wiederum nicht vertretbar wäre und nicht im Sinne des Gemeinderates wäre. Ferner müssen wir immer daran denken, wir haben noch Schulden abzubezahlen. Die müssen irgendwo wieder hinein fließen. Schulden kann man bekanntlich nur aus Erträgen abzahlen und nicht aus Defiziten. Die FDP hat im Prinzip das gleich auch gesagt, hätten gerne die 2 % aber in Anbetracht, dass noch gewisse Unsicherheiten im gesamten Budget enthalten sind, sind es die juristischen Personen, die mal weggehen und wieder kommen und auch die Unsicherheiten beim Kanton, wenn da wirklich die Vermögenssteuer angepasst werden sollte. Angesichts dieser Umstände ist es sicher von Vorteil, wenn man mit den Geldern etwas vorsichtiger umgeht, weshalb Ihnen der Gemeinderat dieses ausgewogene Budget so präsentiert hat.



Detailberatung:

ER Willi Josel (SVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 7, Konto 0200 Zentralverwaltung, 301.00 Besoldungen

Mich interessieren hier die Verluſtscheine im Bereich Krankenkasse. Die Beiträge vom Kanton werden den Leuten ja nicht ausbezahlt sondern das geht direkt an die Krankenkasse und ich möchte gerne wissen, worum handelt es sich hier bei diesen Krankenkassenfehlbeträgen?

GP Stephan Rawyler

Die Idee war, dass wir das Know How der Betreibungen bei der Zentralverwaltung konzentrieren. Es gibt sehr viele Verluſtscheine von früheren Jahren. Die verjähren ja bekanntlich innert 20 Jahren. Das gleiche gilt auch bei den Alimentenbevorschussungen. Es gibt leider auch diverse Väter, die ihren Pflichten nicht nachkommen und da wird immer wieder geschaut, ob die Damen und Herren zu Geld gekommen sind und ob man da etwas eintreiben kann. Das müssen wir grundsätzlich selbst machen, da das dem Amtsgeheimnis untersteht. Da wurde nun mal versuchsweise jemand eingestellt für eine gewisse Zeit und wir schauen jetzt mal, was kommt da rein und lohnt sich das überhaupt und wie sieht der Aufwand aus. Da müssen wir jetzt etwas Erfahrung sammeln.

GR Dino Tamagni

Der Kanton ist bestrebt, dass es zentral irgendwo verwaltet wird. Es könnte durchaus sein, dass die Bearbeitung der Verluſtscheine schlussendlich zum Kanton gehen könnte. Im Moment wissen wir das noch nicht. Wir haben einfach begonnen, diese Gelder einzutreiben und ich denke wir tun gut daran, dies zu machen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 19, Konto 0900 Verwaltungsgebäude, 314.01 Unterhalt der Gebäude

Warum ist dieser Betrag so hoch? Beim Kommentar steht nichts.

GP Stephan Rawyler

Der Finanzreferent hat eingangs erwähnt, dass wir versuchen mit 1 % Satz den Unterhaltsbetrag zu pauschalisieren. Das ist eine Folge davon, aber das genügt an sich noch nicht und es ist ja mehr als ein Gebäude. Das ist das Gemeindehaus, der Werkhof. Es sind alle Gebäude und natürlich auch das Polizeigebäude an der Rheingoldstrasse. Das sind grosse Gebäude, die unterhalten werden müssen. Wir haben z.B. beim Werkhof ein Dach, das den Regen nicht mehr aufzufangen bedarf. Da müssen wir etwas unternehmen.

ER Peter Gloor (SP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 23, Konto 0902 Restaurant Schützenstube, 427.00 Mietzinse, 436.09 Heizkostenanteil, 439.00 Verschiedene Einnahmen

Hier könnte man den Kommentar auf Seite 22 streichen.

GP Stephan Rawyler

Danke für den Hinweis.

ER Arnold Isliker (SVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 31, Konto 1139 Verwaltungspolizei, 437.00 Bussen

Eine markante Erhöhung um Fr. 30'000.00. Ist das gewollt oder muss damit das Budget poliert werden, damit wir 1 % Steuerrabatt gewähren können?

GR Franziska Brenn

Das ist sehr positiv gedacht. Wir hoffen, dass wir so viele Busseneinnahmen haben und es könnte schon sein, denn ich sehe jetzt schon, wie bei der neu gestalteten Zentralstrasse wild auf den breiteren Trottoirs parkieren.

ER Walter Herrmann (FDP)

Wir sind ja die freundliche Gemeinde und es gibt einen Namensvetter von mir, die setzen ihren Job rechtlich korrekt um. Das kann man natürlich bis ganz hinauf umsetzen. Man kann immer dort sein, wo jemand vielleicht schnell eine Fernsehgerät in den Wagen hieven muss und schon hat er die Busse. Man kann das auch suchen. Wenn wir eine freundliche Gemeinde sein wollen und auch so in der Umgebung in Erscheinung treten wollen, dann ist es nicht unbedingt ganz schlau, dass man das Budget über die Bussen aufpoliert. Andererseits die Vandalenakten, die sollte die Verwaltungspolizei ahnden aber nicht mehr oder wenige ehrliche Autofahrer.

ER Arnold Isliker (SVP)

Im Gegensatz zur Referentin sehe ich das nicht positiv sondern sehr negativ. Wenn man bedenkt, wie viele Ladengeschäfte in Neuhausen am Rheinfall leer sind und wenn wir nicht noch mehr Abwanderungen wollen bzw. Leute, die nach Deutschland einkaufen gehen, dann müssen wir eine andere Bussenregelung anstreben. Ich beantrage diesen Posten auf diesen Fr. 68'000.00 zu belassen und nicht willkürlich zu erhöhen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Es liegt mir daran, auch noch die andere Seite etwas ins Licht zu rücken. Wenn ich mit dem Velo unterwegs bin und wie es sich gehört am Rande der Strasse fahre, dann ist es gefährlich und auch nicht ein Bild einer freundlichen Gemeinde, dass irgend ein Auto halb auf dem Trottoir und halb auf der Strasse steht und mich zu einem wilden Ausweichmanöver zwingt. Das ist die andere Seite.

GR Dino Tamagni

Die Verwaltungspolizei war am Rheinfall unten auch noch involviert und mit der Mehrarbeit, die wir durch die Baustellen hatten, konnten die Arbeiten nicht so gemacht werden, wie sie eigentlich hätten sollen. Das wurde immer vernachlässigt. Auch das Wildparkieren durch die Touristen, die konnten



z.T. nicht geahndet werden. Ich denke aber, es kann sein, dass hier dieser Betrag etwas hoch gegriffen ist, aber ich bitte sie trotzdem, das Budget so anzunehmen.

ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Sie haben den Antrag zu Position 1139.437.00 gehört.

Der Antrag wird mit 11 : 6 Stimmen bei 1 Enthaltungen abgelehnt. Der Betrag im Budget 2011 bleibt somit bei Fr. 100'000.00.

ER Walter Herrmann (FDP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 37, Konto 1410 Feuerpolizei und Feuerungskontrolle, 301.00 Besoldungen

Ist das hier das Resultat der Lohnerhöhung? Das wäre mehr als 1.2 %.

GP Stephan Rawyler

Es liegt mir daran, dass ins Baureferat etwas Klarheit kommt, welche Stellen mit welchem Pensum wie besoldet werden. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder Verschiebungen gehabt. Was Sie hier sehen ist die erste Konsequenz daraus. Die Feuerpolizei wird nun klar ausgewiesen. Es gibt keine Verschiebungen mehr auf andere. Es ist nicht die Folge einer Lohnerhöhung.

ER Arnold Isliker (SVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 45, Konto 2100 Primarschule, 318.31 Dolmetscherdienste

Wir sind der Auffassung, dass die Dolmetscherdienste kostenneutral sein sollten. Wenn die benötigt werden von Bürgern, die hier wohnen und der Sprache nicht mächtig sind, dann sollten die sich auch dementsprechend integrieren und der Sprache mächtig sein. Wenn Sie das nicht wollen und Dolmetscherdienste in Anspruch nehmen, dann sollten diese auch durch diese Personen beglichen werden. Wir stellen daher den Antrag, diese Position 2100.318.31 kostenneutral zu gestalten.

GR Patrick Strasser

Es wird Sie sicher interessieren, wozu denn Dolmetscherdienste an der Schule gebraucht werden. Sie mögen sich vielleicht erinnern, als Sie selbst noch Kinder waren, dass Sie am Ende des Schuljahres ein Zeugnis bekommen haben und sind damit mit mehr oder weniger gemischten Gefühlen nach Hause gegangen. Die Eltern haben es angeschaut und gesehen, wie ihr Kind in der Schule so ist. Das Zeugnis wurde abgegeben und fertig. Heute sind die Vorschriften ganz andere. Jedes Jahr finden sog. Zeugnisgespräche statt, bei denen die Lehrer mit den Eltern sprechen. Nicht nur über die Noten der Kinder, auch über mögliche weitere Entwicklung des Kindes, die sog. Schulkarriere. Das ist vorgeschrieben. Das kann man nicht einfach sein lassen. Es gibt Eltern, die ganz schlecht oder gar nicht Deutsch sprechen. Es gibt aber auch solche Übersetzungen, nicht nur gesprochene Sprache. Wir haben auch ein Elternpaar, das gehörlos ist. Das heisst man spricht dann in der Gebärdensprache. Das fliesst hier auch hinein. Im Augenblick können wir nichts von den Eltern verlangen. Es gibt keine Grundlage. Wenn wir etwas verlangen, dann müssten wir eine Gebührenordnung haben. Sie können nicht einfach jemandem sagen, dass er etwas zu bezahlen hat. Theoretisch wäre das möglich, dass man eine solche aufstellt. Jetzt muss ich allerdings schon



sagen, es geht bei diesen Gespräche nicht um die Eltern, sondern es geht bei diesen Gesprächen um die Kinder. Würde man eine Pflicht einführen, dann muss man diesen auch bezahlen, dann würden sicherlich sehr viele dieser Eltern darauf verzichten, aber das ist nicht im Interesse dieser Kinder. Die Kinder können nichts dafür, dass die Eltern nicht Deutsch sprechen. Deshalb möchte ich Sie bitten, lassen Sie diese Dolmetscherkosten so sein.

ER Jakob Walter (parteilos)

Es gibt Sachen, die wir von den Menschen möchten. Dass der Abfall getrennt wird, dass die Kinder sich an die Spielregeln halten etc. Da nützt es nichts, diese Menschen müssen Deutsch sprechen und verstehen. Es gibt anderes, wo diese Menschen etwas möchten z.B. den Fahrausweis, da bin ich schon lange dafür, dass dieser nicht in diversen Sprachen gemacht werden kann und auch Fischerprüfung, Prüfungssprache Deutsch. Dort wollen sie etwas und dort können wir bocken, wenn keine Deutschkenntnisse vorhanden sind.

ER Arnold Isliker (SVP)

Weil es zum Wohle des Kindes ist, werde ich auf den Antrag verzichten.

ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Der Antrag ist somit zurückgezogen.

ER Arnold Isliker (SVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 51, Konto 2195 Allgemeines Erziehungswesen, 302.10 Besoldungen Aufgabenhilfe

Wenn wir sehen, wie die Aufgabenhilfe benutzt wird, dann ist das für mich fragwürdig, dass so viele Kosten aufgewendet werden und dementsprechend noch aufgestockt werden.

GR Patrick Strasser

Hier geht es um die Besoldungen der Aufgabenhilfe auf Primarstufe. Dort ist es so, dass die Benutzung stark gestiegen ist in den letzten paar Jahren. Es ist aber auch so, dass sich die Eltern daran beteiligen. Wenn ein Kind 3 x pro Woche die Aufgabenhilfe benutzt, dann bezahlen die Eltern pro Quartal Fr. 50.00, bei 2 x pro Woche Fr. 40.00 resp. bei 1 x pro Woche Fr. 20.00. Die Elternbeiträge sehen sie unter Konto 2195.433.02. Jetzt ist natürlich dieser Elternbeitrag nicht kostendeckend, das ist richtig. Hier gibt es wiederum das gleiche zu sagen, wie vorhin bei den Dolmetscherkosten. Es geht auch hier darum, dass das Kind den Nutzen von der Aufgabenhilfe hat. Wenn wir diese Elternbeiträge stark anheben, was natürlich möglich wäre, dann würden die Eltern ihre Kinder nicht mehr schicken und dann würden sich die Probleme, die die Kinder haben, verstärken. Ich möchte Sie auch bitten, das so zu belassen, wie es im Budget enthalten ist.

ER Arnold Isliker (SVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 53, Konto 2195 Allgemeines Erziehungswesen, 365.01 Gemeindebeiträge an Deutschkurs für fremdsprachige Mütter

Auch hier sind die Kosten enorm gestiegen. Unter Integration verstehen wir alle, dass sich die Leute, die sich hier integrieren wollen die deutsche Sprache erlernen. In keinem Land auf der ganzen Welt



wird so einen Unsinn betrieben. Wenn ich irgendwo hinziehe, dann muss ich mich in der Amtssprache, die in diesem Land gesprochen wird, verständigen können. Wenn ich das nicht kann, dann muss ich mich selber bemühen die entsprechenden Sprachkurse zu belegen und dementsprechend auch zu bezahlen. Es ist von Seiten der Schule wünschenswert, dass die Mütter auch Deutsch verstehen und sprechen in der hochdeutschen Sprache. Es ist auch wünschenswert, dass die Damen die Rechten und Pflichten in unserem Land kennen würden. Es ist aber fraglich ob das die entsprechenden Ehegatten wollen oder tolerieren, dass sich die Frauen hier mit den Rechten und Pflichten bewegen können. Ich sehe nicht ein, dass die Gemeinde für die Kurse so viel Geld ausgeben soll. Die Leute legen das Geld, das sie für Deutschkurse brauchen sollten auf die Seite und kaufen den Jungs dann ein tolles Auto. Das sehe ich nicht ein. Wenn der Fall da sein sollte, dass es wirklich Sozialfälle gibt, wo kein Geld vorhanden ist, dann sehe ich das ein, dass gewisse Gelder gesprochen werden, aber dass hier einfach Fr. 42'000.00 gesprochen werden, sehe ich nicht ein. Für mich müsste auch das kostenneutral sein oder mindestens auf einen vernünftigen Rahmenkredit gesenkt werden, wie wir das 2009 gehabt haben. Ich stelle den Antrag, diesen Betrag auf Fr. 15'000.00 zu senken.

GR Franziska Brenn

Der Betrag von 2009 über Fr. 13'250.00 ist falsch. Der stimmt nicht! Es ist so, die Mütter bezahlen pro Semester Fr. 160.00. Es ist nicht gratis für die Mütter. Damit kannst Du Dir dafür die Dolmetscherkosten sparen und es ist natürlich noch viel mehr hinter diesen Kursen. Deutschkurse ist eigentlich der falsche Ausdruck. Es sollte Mütterkurse für fremdsprachige Mütter heissen. Deutsch ist ein Bestandteil aber es finden auch Sozialinformationen statt, die ebenso wichtig sind wie Deutschkenntnisse. Informationen über unsere Schule und über die Verwaltung, wie diese funktionieren. Sie gehen in die Schule, in die Klasse und dort findet der ganze Austausch statt. Dieser Austausch ist etwas das fehlt oder oft gefehlt hat. Diese Kurse sind sehr viel wert.

ER Arnold Isliker (SVP)

Das ist richtig und gut so! Das sollte auch so sein, aber das müsste kostenneutral sein. Es ist nicht Aufgabe von uns, das dementsprechend zu fördern. Wenn ich mich hier niederlasse und hier leben will, dann muss ich selber meinen Beitrag dazu leisten. Das ist auf der ganzen Welt so, ausser bei uns.

ER Willi Josel (SVP)

Ich habe nur den Ausdruck im Ohr: Der Betrag ist falsch! Wie ist er denn richtig?

GR Franziska Brenn

Der Betrag von Fr. 13'250.00 ist falsch. Der Betrag von Fr. 42'000.00 ist richtig. Wir hatten einen solch grossen Ansturm auf die Kurse, dass es jetzt zwei Kurse sind. Einen für Fortgeschrittene und einen für Anfänger. Man hat zwei verschiedene Sprachniveaus eingeführt. Die Rechnung wurde zu spät eingereicht.



ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Offenbar ist es so, dass 2009 die Kosten in der Höhe von Fr. 42'000.00 waren. So ist dann auch 2010 und 2011 budgetiert. Wir stimmen jetzt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mit 14 : 4 Stimmen abgelehnt. Der Betrag im Budget 2011 bleibt somit bei Fr. 42'000.00.

ER Marco Torsello (FDP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 57, Konto 3000 Gemeindebibliothek

Ich möchte vorwegnehmen, dass ich eine grosse Leseratte bin und ich motiviere meine SchülerInnen immer wieder zum Lesen. Manchmal etwas unkonventionell. In meinem Schulzimmer hängt ein Schild mit den Worten: Vorsicht, lesen schadet der Dummheit! Mich würde interessieren, wie frequentiert die Gemeindebibliothek ist. Ich laufe da öfters mal durch, aber einen Grossansturm habe ich noch nie beobachtet. Meine Bücher beziehe ich generell im DZ oder in der Agnesenschütte, dort ist das Angebot wesentlich grösser. Ich könnte mir vorstellen, dass evtl. Synergien mit der Stadt Schaffhausen genutzt werden könnten, vielleicht sogar ein Zusammenschluss. Das könnte ich mir gut vorstellen.

GR Patrick Strasser

Ich habe jetzt die Zahlen nicht hier. Das ist gut frequentiert, deshalb hat der Gemeinderat vor gut einem Jahr auch eine Stellenanpassung für die Gemeindebibliothek einstimmig bewilligt, weil der Einwohnerrat ganz klar der Meinung war, dass die Gemeindebibliothek eine gute Institution ist, die es braucht. Ich liefere Dir gerne die Zahlen noch nach. Ich habe sie jetzt wirklich nicht dabei. Etwas zu Deiner Bemerkung betreffend Agnesenschütte Zusammenschluss u.s.w. Grundsätzlich ist mir diese Idee sehr sympathisch. Ich habe sie auch schon selber gehabt. Das ist wirklich eine Frage der Zeit. Die jetzige Bibliotheksmitarbeiterin wird in absehbarer Zeit pensioniert werden und dann müssen wir uns das ganze sowieso grundsätzlich anschauen. Das sind Gedanken, die ich mir selber gemacht habe. Das ist nicht mit dem Gemeinderat abgesprochen. Es ist sehr wohl möglich, dass man sagt, es gibt eine gemeinsame Bibliothek, dass man dann über die Gemeindebibliothek Bücher beziehen könnte, die sonst zur Stadtbibliothek gehören. Solche Sachen sind sicherlich möglich. Der Katalog der Gemeindebibliothek sollte innert Kürze Online einsehbar sein. Es ist das gleiche System, das auch die Stadtbibliothek hat. Das ist noch etwas Zukunftsmusik aber solche Ideen stossen bei mir auf offene Ohren.

ER Marco Torsello (FDP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 61, Konto 3090 Übrige Kulturförderung, 319.30 Bundesfeier und Feuerwerk

Ich geniesse es jeweils, die Rheinfallbeleuchtung mitzuverfolgen und ich davon überzeugt, dass das eine gute Werbemaschinerie ist und ein guter Werbemagnet für die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall. Mir ist jedoch zu Ohren gekommen, dass das Feuerwerk immer am 3. Augustwochenende stattfinden wird. Das bereitet mir ein wenig Magenknurren. Diese Fr. 16'000.00 für das Feuerwerk finde ich eigentlich in Ordnung, sofern es für das Bundesfeuerwerk, also den Geburtstag der Eidgenossenschaft ist am 1. August. Jedoch hätte ich schon ein bisschen Mühe, wenn das jetzt am 3. Augustwochenende sein sollte. Ich möchte an dieser Stelle fragen, ob das wirklich zutrifft, ob das in Zukunft immer am 3. Augustwochenende stattfinden wird? Falls ja, würde ich den Antrag stellen wollen, ob das Feuerwerk nicht so wie früher am 1. August stattfinden könnte. Meinetwegen auch am



31. Juli, aber dass diese Fr. 16'000.00 für die Bundesfeier, den Geburtstag der Schweiz und nicht einfach so an einem Wochenende irgendwann im August eingesetzt wird.

GR Christian Di Ronco

Diese Fr. 16.'000.00 setzen sich zusammen aus der "Chästeilete" Fr. 6'000.00 und Fr. 10'000.00, die die Gemeinde für das Feuerwerk gesprochen hat. Das wurde im Budget berücksichtigt. Vorsichtigerweise, weil wir noch nicht gewusst haben, wie sich das mit der Rheinfallvorlage im Einwohnerrat oder dann auch in der Volksabstimmung entwickelt. Gesprochen ist das Geld ja noch nicht. Der Gemeinderat muss dann darüber beraten, wie er da vorgeht. Jetzt können wir im Prinzip nur über den Antrag, die Fr. 10'000.00 zu streichen oder nicht abstimmen, nicht über das Datum. Da müsste ein Vorstoss kommen. Nächstes Jahr ist es zusammen mit dem Rheinfallfestival geplant, was ich an und für sich auch sinnvoll finde, wenn wir mehrere Veranstaltungen zusammen haben. Das haben wir dieses Jahr bei der 1100 Jahr Feier gesehen. Ich denke, wenn die Volksabstimmung über die Bühne ist, müssen wir neu über diese Fr. 10'000.00 diskutieren.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 93, Konto 5830 Alimentenbevorschussung

Der Aufwand beträgt Fr. 590'000.00 und bei Konto 436.58 Rückerstattungen von Alimenten ist der Ertrag bloss Fr. 290'000.00. Wo bleiben die restlichen Fr. 300'000.00?

GR Franziska Brenn

Das bleibt in den Verlustscheinen, von denen wir vorgängig gesprochen haben. Diese werden jetzt bewirtschaftet und wer weiss, vielleicht kommt irgendwann mal wieder etwas herein.

ER Willi Josel (SVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 95, Konto 5870 Ausländerfürsorge

Sie alle können sich noch an das Happening vor dem Gemeindehaus erinnern. Da wo die ganze Familie mit dem Bett und einigen Kindern dort waren. Mich würde interessieren, was ist mit diesen Leuten passiert und welche Kosten haben wir nach dem Aufenthalt vor dem Gemeindehaus zu bezahlen?

GR Franziska Brenn

Es kann nicht von mir erwartet werden, dass ich die Zahlen sage, wie viel uns die Familie kostet. Du darfst ja auch nicht anderen Leuten erzählen, wer wie viele Versicherungsleistungen bezieht. Ich kann Dir sagen, Sie sind in einer grösseren günstigen Wohnung, wir haben eine 4 Zimmerwohnung gefunden. Diese entspricht den sozialen Richtlinien und der Vater arbeitet. Sie kosten uns nicht mehr viel, beinahe nichts mehr.



ER Arnold Isliker (SVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 105, Konto 6209 Strassenverkehrsanlagen, Reinigung, Unterhalt und Winterdienst, 314.08 Unterhalt der Strassen

Wenn man weiss, in welchem schlechten Zustand unsere Strassen zum Teil sind, z.B. äussere Zentralstrasse, nochmals einen solchen Winter und dann hält die das nicht mehr aus und dann reichen die Fr. 220'000.00 nicht mal für den Unterhalt der Zentralstrasse um das Gröbste zu flicken. Folge denn in anderen Teilen der Gemeinde, wo dringendste Sanierungsmassnahmen getätigt werden müssen. Ich spreche z.B. von der Schützenstrasse. Es hat noch andere Teile oder Schachtanlagen, die revidiert werden müssen. Ich denke, dass dieser Betrag im Jahr 2012 mindestens auf Fr. 500'000.00 erhöht werden muss, damit auch der Unterhalt unserer Strassen gewährleistet werden kann. Wir haben vorhin gehört vom Werkhof, Gemeindehaus, was da für desolate Zustände herrschen. Ich bitte Sie, das auf das nächste Budget zu berücksichtigen.

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 111, Konto 6400 Bundesbahnen, 314.06 Neubau, Ausbau und Erweiterung

Abstellplätze für Projekt "Mobility-Flyer". Um was für ein Projekt handelt es sich hier?

GP Stephan Rawyler

Es ist uns ja bekannt, dass es ein Programm gibt, indem man Autos teilen kann. Jetzt ist jemand auf die Idee gekommen, dass man das auch mit diesen Elektro-Flyers machen könnte und da wurden verschiedene Gemeinden angeschrieben und wir haben uns selbstverständlich bereit erklärt hier mitzumachen als Pilotgemeinde. Im Moment ist daran gedacht ein Abstellplatz beim SBB Bahnhof zu machen. Sollte das ein Erfolg werden, so könnten wir uns vorstellen noch an weiteren Punkten solche Abstellplätze anzubieten.

ER Willi Josel (SVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 113, Konto 6510 Nahverkehr, 318.65 Kilometerentschädigung VBSH

Hier hat man eine massive Erhöhung vorgesehen für das nächste Jahr. Ist das nur auf den Bus Nr. 7 zurückzuführen? Weshalb entsteht hier eine solch grosse Erhöhung?

GP Stephan Rawyler

Nein, das ist nicht auf die Linie 7 zurückzuführen. Das ist primär darauf zurückzuführen, dass während der Bauerei an der Zollstrasse und mit dem Unterbruch der Linie 1 die Frequenzen sehr stark zurückgegangen sind. Unsere Paradelinie 1. Das hat einen grossen Einfluss auf die Kostenverteilung, weil der Kostendeckungsgrad in Neuhausen stark zurückgegangen ist. Das zweite ist, dass ist die Konsequenz des Beibehalten des Trolleybusses. Das kostet einfach. Die Neuanschaffungen der Trolleybusse schlagen ganz enorm zu Buche. Das sind viel teurere Fahrzeuge. Das merkt man jetzt und wir sind jetzt eigentlich doppelt bestraft worden. Einerseits mit der Neuanschaffung der Busse und andererseits mit dem Frequenzrückgang. Ich bin überzeugt, den Frequenzrückgang können wir wieder auffangen, denn die Linie ist wieder ununterbrochen. Das sollte eigentlich die Situation wieder etwas einpendeln. Wir werden aber nicht mehr auf die Zahlen zurückkommen von Fr. 1.65 Mio. Wir werden uns eher mit einer 2 vorne anfreunden müssen.



ER Priska Weber (SP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 131, Konto 7930 Metropolitanraum Zürich

Was erhofft man sich daraus und was ist das überhaupt?

GP Stephan Rawlyer

Ich gebe sehr gerne dazu Auskunft. Das ist ein ganz interessantes Gebilde und zwar hat die Stadt Zürich zusammen mit der Gemeindegremienkonferenz des Kantons Zürich die Idee verfolgt, man sollte in diesem Raum, in dem wir alle zusammen leben über die Kantons Grenzen hinaus ein gemeinsames Gefäss bilden, in dem die Interessen dieses Raums vertreten werden können. Ähnlich wie die berühmte Alpenlobby eben auch jetzt die Metropolitanlobby des Raumes Zürich und Mitglied sind die Kantone Zug, Aargau, Zürich, Luzern, Schaffhausen und Schwyz. Vom Kanton Schaffhausen ist die Stadt Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall dabei. Ich hoffe, dass noch mehr Gemeinden den Weg in diesen Verein finden. Es ist wichtig, dass wir dort eine starke Stimme haben. Zurzeit stellen wir fest, dass diese Gruppierung etwas eine Ausrichtung Richtung Innerschweiz hat. Wir stellen fest, dass die Kantone Zug und Luzern enorme Mittel personeller und finanzieller Natur in dieses Projekt stecken. Da müssen wir aufpassen, dass wir da nicht aussen vor bleiben. Was wurde jüngst gemacht? Das ist wirklich eine Leistung. Es wurde eine Liste der prioritären Schienenmassnahmen und prioritären Strassenmassnahmen in diesem Raum festgelegt. Gemeinden, Städte und Kantone haben zusammen gesagt in diesem Raum ist uns wichtig der Brüttenertunnel, der Zimmerbergbasistunnel 2, der Reitersbergtunnel 2 und der Ausbau Stadelhofen. Da mussten einige von ihren Lieblingsprojekten Abschied nehmen. Bei den Strassen, die 6-Spur Ausbau Nordumfahrung Zürich. Das wird ganz wichtig für uns, denn erst dann kommt der Ausbau Andelfingen – Winterthur in Frage. Die Glatttalautobahn und in weiter Ferne nach 2030 allenfalls der Stadttunnel Zürich. Dann ist man ebenfalls einverstanden gewesen mit dem Netzbeschluss Nationalstrassen. Hier sind wir wieder betroffen. Die Aufklassierung der H15, Schaffhausen – Thayngen, zur Nationalstrasse. Im Gegenzug soll ja die Strasse Barga – Schaffhausen abklassiert werden zu einer normalen Hauptstrasse. Dann soll die Hauptstrasse Baar – Wädenswil zu einer Nationalstrasse werden. Die Oberlandautobahn in Zürich Brüttisellen – Wetzikon – Rütli – Reichenburg und ebenfalls der Anschluss Aarau – Aarau Ost, der Abzweiger nach Aarau von der A1. Jetzt sehen Sie, da wurden wirklich wichtige Entscheide getroffen. Die Vertreter von rd. 1.4 Mio. Leuten haben gesagt, das sind für uns die Strassen und die Schienen. Da ist es ganz wichtig, dass der Kanton Schaffhausen geschlossen hier Stellung nimmt. Man kann das auch feststellen, dass andere Kanton und Gemeinde vorgängig absprechen. Ich denke es ist wichtig, dass wir hier mitmachen und unser Gewicht in die Waagschale legen. Es gibt auch Projekte, die sind noch etwas ulkiger, das gebe ich ganz offen zu. Im Bereich der Gesellschaft das Agglomerationsbild im Metropolitanraum. Hier sucht man eigentlich noch, was das eigentlich bedeuten könnte, aber sehr konkret ist man zurzeit beim Thema Parklandschaften im Metropolitanraum Zürich. Es könnte auch grosse Chancen für uns bringen. Ich habe immer gesagt, wir könnten auch einen Erholungsraum für den Bereich Zürich Nord sein und hier wird einfach mal geschaut, wie ist das Ganze vernetzt auf der verkehrlichen Seite aber auch auf der Seite der Tourismusorganisationen. Dann wurde an der letzten Sitzung am 5. November 2010 das Projekt Green Region als spruchreif empfunden. Man will die ganze Region als Cleantechbereich positionieren. Man will nicht eine Schwerindustrie hier haben, aber auch nicht eine reine Dienstleistungsregion haben. Dazu gehört auch, dass man sagt, wir wollen die Gebäude so ausrichten mittelfristig bis langfristig, dass deutlich weniger Energie verbraucht wird, das ganze unter dem Titel Green Buildings. Dazu gehört z.B. dass man Energiestadt werden soll, wir sind das schon. Dass man jeweils den aktuellen Gebäudestandard übernimmt. Dass Minergiestandard gilt. Dass wir das Förderprogramm Energiefranken.ch laufend



aktualisieren. Hier machen wir noch nicht mit. Da wird noch etwas auf uns zukommen. Es ist sehr konkret und das soll auch alles überprüft werden und ich denke, das ist eine spannende Sache. Der Gemeinderat hat aber mit Blick auf das bescheidene Stimmrecht, das wir haben in diesem Metropolitanraum Zürich, entschieden, dass wir spätestens bis 2012 unser Stimmrecht der Stadt Schaffhausen abtreten werden. Das sehen die Statuten ausdrücklich vor, dass solche Abtretungsmöglichkeiten gegeben sind. Schaffhausen hat wesentlich grössere personelle Möglichkeiten. Wir haben keinen Stadtplaner, wir haben niemanden der Fachfrau oder Fachmann ist im Bereich Umwelt, auch im Bereich Verkehr haben wir keine Fachleute. Ob die Metropolitankonferenz Zürich ein Erfolg wird, das kann ich Ihnen nicht garantieren. Ich bin sicher, derjenigen der jetzt abseits steht, wird das später bereuen. Wenn es scheitert, dann haben wir nicht viel Geld ausgegeben, wenn es aber ein Erfolg wird, dann können wir sagen, wir waren bereits bei der Geburt dabei.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ist der Metropolitanraum Zürich mit dem Great Zürich Area (GZA) gleich zu setzen?

GP Stephan Rawyler

Nein, das ist nicht gleichzusetzen. Great Zürich Area (GZA) ist ein Marketinginstrument. Dort haben Sie vielleicht jüngster Presse entnehmen können, dass der Kanton Aargau ausgeschieden ist. Für uns ist das eine sehr gute Plattform. Es ist kostengünstig für uns und wir haben bisher viel erreicht. Es wäre schade, wenn die GZA aufgelöst wird.

GR Dino Tamagni

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 169, Konto 620 Gemeindestrassen inkl. Signalisation und Strassenbeleuchtung, 501.81 Äussere Zelgstrasse

Hier steht Äussere Zelgstrasse. Das stimmt nicht. Hier hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es sollte hier stehen: Äussere Zentralstrasse. Hier ist ja ein Projekt für die Sanierung der äusseren Zentralstrasse geplant. Somit ist die Frage wg. dem Unterhalt auch beantwortet.

ER Arnold Isliker (SVP)

Budget 2011, Voranschlag inkl. Detail und Kommentar, Seite 169, Konto 620 Gemeindestrassen inkl. Signalisation und Strassenbeleuchtung, 501.78 Töbeliweg/Zollstrasse Aglo-Proj. 20

Das habe ich vorhin schon erwähnt. Das wurde durch einen Volksentscheid damals verworfen und kommt es wieder zum Ausbau und im Aglo-Projekt. Ich muss feststellen, wenn wir das durchziehen wäre das ein Missachten des Volkswillens und die Stimmbürger würden sagen, die machen sowieso, was sie wollen. Warum gehen wir dann an die Urne? Daher beantrage ich die Streichung von den Fr. 130'000.00.

GP Stephan Rawyler

Es ist tatsächlich so, dass an der Urne ein Projekt abgelehnt wurde. Ich war damals auch sehr kritisch diesem Projekt gegenüber, nicht zuletzt auch wegen der Kosten. In der Zwischenzeit sprechen wir aber über Fr. 39'000.00. Die Fr. 130'000.00 sind der Bruttobetrag. Es sind nur Fr. 39'000.00. Das würde an sich im Bereich der Zuständigkeit des Gemeinderates liegen. Das Projekt wurde von der gemeinderätlichen Kommission Öffentlicher Verkehr sehr intensiv geprüft. ER



Arnold Isliker (SVP) hat dort schon seine Bedenken geäußert aber die gesamte Kommission ausser ihm hat dem zugestimmt. Man kann absolut nicht sagen, dass wir gegen den Volkswillen etwas machen würden. Sie mögen sich erinnern. Der Widerstand kam nämlich von zwei Seiten her. Die eine Seite hat ER Isliker bereits erwähnt. Das waren diejenigen, die kein Lichtsignal wollten und die andere Seite war der Ansicht, man müsse auch den Fussgängerstreifen sichten. Das war jene Seite, die sogar das Referendum ergriffen hat. Das sind zwei Anliegen gewesen, die sich miteinander verbündet haben und dann das Projekt zum Scheitern gebracht haben. Ich muss im Nachhinein sagen, das war gut, denn wir können jetzt viel billiger eine bessere Lösung machen. Wir haben das sehr intensiv angeschaut und die Lösung, die wir jetzt in der gemeinderätlichen Kommission vorgeschlagen haben und auch der Einwohnerrat hat davon Kenntnis genommen, einen Bericht zur Kenntnisnahme. Auch dort war das Projekt erwähnt. Dort regte sich kein Widerstand gegen diesen Punkt. Die Anliegen bezüglich Sicherung des Fussgängerstreifens konnten erfüllt werden, nämlich dass der Fussgängerstreifen nun an der richtigen Stelle ist und wir denken, dass mit Blick auf die Busbevorzugung, dass die Linie 1 problemlos dort hinausfahren kann, so gesichert werden kann. Ich beantrage Ihnen deshalb bei diesen Fr. 130'000.00 zu bleiben.

ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Gibt es zu diesem Thema noch eine Vorlage an den Einwohnerrat?

GP Stephan Rawyler

Der Gemeinderat wird dies noch prüfen.

ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Wir stimmen über diesen Antrag ab.

Der Antrag wird mit 11 : 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Der Betrag im Budget 2011 bleibt somit bei Fr. 130'000.00.

ER Willi Josel (SVP)

Ich stelle den Antrag, dass man präzisiert, dass es sich hier um einen Rabatt und nicht um eine Senkung des Steuerfusses handelt. Ich möchte, dass das Wort Rabatt im Antrag enthalten ist.

ER Jakob Walter (parteilos)

Vorschlag zur Güte. Wenn wir es im Protokoll stehen haben, wie das gemeint ist, dann sollte das klar sein. Für eine neue Formulierung können wir uns nächstes Jahr Gedanken darüber machen, wie wir das haben möchten.

ER Willi Josel (SVP)

Aufgrund des Votums meines Freundes ER Jakob Walter ziehe ich meinen Antrag zurück.



Anträge:

1. Erhebung einer Gemeindesteuer gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 und den seither beschlossenen Änderungen von 97.0 Prozent, wobei 2011 eine Reduktion von 1.0 Prozent auf 96.0 Prozent erfolgt.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

2. Genehmigung des Voranschlages 2011 inklusive einer Erhöhung der vom Gemeinderat beeinflussbaren Lohnsumme von 1.2 %. Die individuelle Verteilung liegt in der Kompetenz des Gemeinderates.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Ziffer 1 dieser Anträge untersteht gemäss Art. 14 lit. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.100) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht und Antrag betreffend Anpassung der Schulleitungs- und Schulsekretariatspensen

Eintretensdebatte:

ER Ruedi Meier (SP)

Ich spreche im Namen der Fraktion der SP und in diesem Falle auch als Schulpräsident. Bitte gestatten sie mir, dass ich ein paar Worte mehr mache als vielleicht üblich. Wie Sie sicher bemerkt haben, gehöre ich im Rat nicht zu den Viel-Sprechern. Nicht weil ich nichts zu sagen hätte, nein vielmehr, weil ich es nicht nötig finde etwas zu sagen, was ein anderer bereits gesagt hat. Mit dieser Vorlage liegt ein Anliegen vor Ihnen, dass für die Schule Neuhausen am Rheinfall von sehr grosser Wichtigkeit ist. Vor über 10 Jahren wurde vom Einwohnerrat die Einführung der Schulleitung beschlossen. Dies weit vorausschauend, in einer Zeit wo das Thema Schulleitungen noch nicht in aller Munde war. Ein guter und zukunftsweisender Entscheid, gestatte ich mir zu bemerken. Zwischenzeitlich haben die meisten Kantone Schulleitungen eingeführt, hier im Kanton Schaffhausen wurde diese Entwicklung durch die Ablehnung des Schulgesetzes etwas schwierig. Die Schulen Neuhausen haben mit der Schulleitung durchwegs positive Erfahrungen gemacht und sind heute nicht mehr vom Schulalltag wegzudenken. Es geht ja bei der Vorlage auch nicht darum, ob wir Schulleitungen wollen oder nicht, dies denke ich ist hier in Neuhausen unbestritten, es geht darum den veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen. Das Umfeld Schule und die Anforderungen an die Schulleiter haben sich aber in den vergangenen Jahren massiv verändert in Bezug auf Aufgaben und Anforderungen. Auch hat sich die Gesellschaft stark verändert in Bezug auf die kulturelle Zusammensetzung und auch im Verständnis was Schule sein soll bzw. machen soll. (Hier nur 2 Beispiele: Zum einen liegt der fremdsprachige Anteil unserer Schüler im Moment bei rund 50 %, Tendenz steigend. Zum 2. haben die meisten von uns die Schule noch so erlebt, dass die Lehrperson der Spezialist im Schulgeben war, heute haben wir pro Klasse wohl rund 40 Spezialisten, die Eltern, die wissen wie Schule zu geben ist. Das sind nur 2 Faktoren, die den Schulbetrieb und die Anforderungen an die Lehrpersonen und die Schulleiter beeinflussen. Hier setzt die Unterstützung des Schulleiters an. Eine seiner wichtigsten Aufgaben ist, die Lehrpersonen soweit wie möglich zu unterstützen und zu entlasten in den verschiedensten Bereichen wie Elternarbeit, Disziplinarmassnahmen, etc. dass sie sich wieder vermehrt ihren wichtigen Aufgaben, nämlich dem Schulgeben, Stoff vermitteln und was sonst noch dazugehört, widmen können. Auch gehört zum Leiten und Führen die Personalverantwortlichkeit Bis heute ist die Lehrerbeurteilung das sogenannte LQS Aufgabe der Schulbehörde. Der direkte Vorgesetzte ist aber der Schulleiter. Da sind die Schulleiter in der Rolle eines Tigers ohne Zähne. Hier werden bei Annahme der Vorlage neu die Beurteilung, bzw. alle operativen Aufgaben auf die Schulleiterebene gegeben. Dadurch ergibt sich eine echte Führungsstruktur mit klar umschriebenen Aufgaben und natürlich auch den dazugehörigen Kompetenzen. Eine normale moderne Führungsstruktur. Die Schulbehörde hingegen wird nur noch im strategischen Bereich tätig sein. Sie bestimmt die strategischen Ziele der Schule, ist Rekursinstanz für Schulleiterverfügungen und natürlich direkter Vorgesetzter der Schulleiter etc. Daher wird die Schulbehörde 1 Jahr nach Einführung von 9 auf 5 Mitglieder reduziert. Und das letzte Glied in der Kette ist das Schulsekretariat, oft die 1. Anlaufstelle für Eltern, Unterstützungsdienst für Lehrpersonen und die Schulleiter in vielen administrativen Aufgaben. Hier ist es heute so, dass wir übers Jahr gesehen einen unregelmässigen Arbeitsanfall haben. Auf Schuljahresende und bei Schuljahresbeginn ein sehr grosser Anfall, der dann in der nachfolgenden Zeit wieder nachlässt. Generell hat aber das bestehende Pensum in der vergangenen Zeit nie genügt. (Hier wurde mit Praktikanten und/oder mit Aushilfspersonen über Beschäftigungsprogrammen gearbeitet, dies mit mehr oder weniger guten Resultaten.) Es ist ein Trugschluss zu glauben, die 75 Stellenprozente hätten in der Vergangenheit genügt. Dem war nicht so. Hier ist



vorgesehen nach Annahme der Vorlage eine 2. Person einzustellen, die flexibel dann arbeitet, wenn diese zusätzlichen Arbeiten anfallen. Und natürlich nicht mehr als nötig. In diesem Sinne sind die 120 Stellenprozent als oberstes Pensen - Plafond zu verstehen. Die vorliegende Vorlage trägt den vorgängig beschriebenen Ressourcenproblemen Rechnung. Alle Schulleiter und die heutigen Nach-Vorsteher wenden für ihre Aufgabe wesentlich mehr Zeit auf, als sie dafür entlastet werden. Dies gilt es zu bedenken. Abschliessend scheint mir noch wichtig, dass die Mehrkosten der Schulleiterspensen, bei einer Annahme der kantonalen Schulleitervorlage für die Gemeinde Neuhausen am Rheinflall vollumfänglich wegfallen, da, wie die Berechnungen der Erziehungsdirektion ergeben haben, die Beteiligung des Kantons etwa gleich gross sein wird, wie die zusätzlich berechneten Kosten. Die SP Fraktion hat die Schulleitungs- und Sekretariatspensen Vorlage in der "kurzen Zeit, die übrig blieb" studiert und diskutiert, und unterstützt die Anliegen vollumfänglich und wird geschlossen für die Vorlage eintreten und zustimmen. Im Sinne der Verantwortung als Arbeitgeber (da meine ich die SB und im erweiterten Sinne natürlich auch der Einwohnerrat) gehört es auch dazu, den Mitarbeitern die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit Sie die vorgegebenen Arbeiten in der zur Verfügung stehenden Zeit meistern können. In diesem Sinne bitte ich, als Schulpräsident auch um Ihre Zustimmung zu dieser Vorlage.

ER Arnold Isliker (SVP)

Mein Vorredner ER Ruedi Meier hat sehr präzise dargestellt, worum es geht. In unserer Fraktion hat es mehrheitlich eine Diskussion gegeben über die Sekretariatsstelle, die auf 120 % aufgestockt werden sollte. Wie aber Ruedi Meier festgestellt hat, werden diese Prozente mit Teilzeitarbeiterinnen bestellt werden. Das ist im Sinne und Geist unserer Fraktion. Wir müssen feststellen, dass das Sondermodell der Schule Neuhausen sehr viel Geld kostet. Es handelt sich hierbei auch um gut investiertes Geld und es müsste eigentlich geprüft werden, da auch unsere Lehrpersonen sehr gut besoldet sind, ob in Zukunft bei Neueinstellungen des Lehrpersonals die Gemeindegulage von 4 % eingefroren wird. Das wäre ein Antrag an den Gemeinderat. Wenn wir sehen, dass der Kantonsrat seine Zustimmung gibt, dann wird sich diese Vorlage, wie sie uns präsentiert wird, ausser den Fr. 35'000.00 für das Sekretariat. Ich persönlich bin der Meinung, das ist gut investiertes Geld und somit können die Lehrpersonen entlastet werden. Wir beantragen von der SVP Fraktion aus, auf die Vorlage einzutreten.

ER Marco Torsello (FDP)

Wir hatten in der FDP Fraktion wenig Zeit darüber zu diskutieren. Deshalb bringe ich jetzt einfach meine Erfahrungen als Vorsteher der Sekundarschule Buchthalen. Ich kann das, was ER Ruedi Meier vorgängig gesagt hat, wirklich nur bestätigen. Vor allem die administrativen Aufgaben, die sind extrem gestiegen in den letzten Jahren. Das ist nicht einfach ein Ammenmärchen, das ist Tatsache. Damit die Lehrkräfte qualitativ guten Unterricht geben können und bieten können, braucht es einfach eine Entlastung. Diese Anträge, die Erhöhung dieser Stellenprozente sind gerechtfertigt. Aus meiner Sicht, kann man diese Anträge mit gutem Gewissen annehmen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

ER Ruedi Meier hat sehr ausführlich darüber gesprochen und uns diese Anträge ans Herzen gelegt. Ich denke, die Vergangenheit hat gezeigt, wie wichtig die Schulleitung ist und wie wichtig das auch in Neuhausen ist. Wenn damit die Lehrer entlastet werden, dann muss man diesen Anträgen nur zustimmen. ER Ruedi Meier hat gesagt, dass der Ausländeranteil bei 50 % liege. Das ist massiv gestiegen, als meine Kinder noch in der Unterstufe waren, da waren es vielleicht noch 42 %. Ich denke, da muss unbedingt diese Entlastung gewährleistet sein. Die CVP ist für Eintreten.



ER Urs Hinnen (ÖBS)

Ich bin erfreut, dass hier solch ein Konsens herrscht. Wir von der ÖBS sind ebenfalls im positiven Sinne eingestellt und haben A gesagt zu einem modernen fortschrittlichen Schulsystem und da muss man auch B sagen, wenn es darum geht, Anpassungen vorzunehmen, damit das ganze Modell auch funktioniert. Wir werden beiden Anträgen zustimmen.

GR Patrick Strasser

Ich danke Ihnen für die positive Aufnahme dieser Vorlage. Was mich besonders gefreut hat, dass bei allen Fraktionsmeldungen der wichtigste Punkt dieser Vorlage erwähnt wurde. Nämlich das Ziel, die Lehrer in ihrer eigentlichen Hauptarbeit zu stärken, das Unterrichten. Es ist nicht so, dass diese Anpassung bei der Schulleitung und beim Schulsekretariat zu einem Selbstzweck wäre oder um irgendeine Art von Aufblähung des Apparates sondern es geht wirklich darum, dass sich die Lehrer vermehrt auf die Lehrertätigkeit konzentrieren können. Da denke ich, sind wir uns alle einig, dass das wichtig ist. Man sieht es auch jeweils beim Schulbericht, den jede Lehrperson Ende des Schuljahres der Schulbehörde abzuliefern hat. Dort steht in fast allen Bericht, dass man dem Schulleiter dankt für die Entlastung, die schon geboten werden kann. Umso besser, wenn da noch mehr dazukommen kann. Ein Wort möchte ich noch sagen zur Meldung von ER Arnold Isliker. Ich habe es so verstanden, die Gemeindezulage für die neu Eintretenden Lehrerinnen und Lehrer zu streichen bzw. einzufrieren. Zuerst zum Formalen. Die Gemeindezulage von 4.5 % steht im Personalreglement. Das ist in der Kompetenz des Gemeinderates. Ein Antrag heute Abend ist nicht möglich. Wenn die SVP das so will, dann müsste sie ein Postulat machen. An einer der nächsten Sitzungen könnte der Einwohnerrat dann darüber entscheiden. Ich gebe Ihnen hier noch meine persönliche Meinung ab: Wenn so ein Vorstoss der SVP kommen würde, dann müsste sich der Gemeinderat überlegen, was machen wir. Ich weiss nicht, wie der Gemeinderat entscheidet. Ich sagen Ihnen nur meine persönliche Meinung. Es ist einfach ein Unterschied, ob Sie in Guntmadingen eine Hand voll Friede Eierkuchen Kinder unterrichten oder ob Sie hier in Neuhausen bei fast 50 % fremdsprachigen Kindern und mit teilweise grossen sozialen Problemen unterrichten. Ich denke, da sollten wir als Gemeinde das als "Zückerli", für diejenigen Lehrkräften, die bereit sind, bei uns zu unterrichten, auszahlen können.

Keine Detailberatung.

Anträge:

1. Das Gesamtpensum der Schulleitung wird auf den 1. August 2011 um 105 auf 340 Stellenprozente erhöht.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

2. Das Gesamtpensum des Schulsekretariats wird auf den 1. August 2011 um 45 auf 120 Stellenprozente erhöht.

Der Antrag wird mit 17 : 1 Stimmen angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 5 Bericht und Antrag betreffend Beitritt zum Verein Klar! Schaffhausen

Eintretensdebatte:

ER Walter Herrmann (FDP)

Die Fraktion der FDP ist mehrheitlich dagegen, dass die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall dem Verein Klar! beitrifft. Das heisst aber nicht, dass wir für eine Atomüll-Lagerstätte in unserer Region sind. Wir sind aber der Meinung, dass der Widerstand auf politischem Wege von den Behörden geführt zu erfolgen hat und nicht über gelbe Blechfässer. Warum es nun so matchentscheidend ist, ob die Gemeinde Mitglied von diesem Verein wird oder nicht, dazu konnte uns auch der seitenlange Bericht und Antrag nicht überzeugen. Viel eher wird Bern beispielsweise unseren Willen einen Naturpark zu wollen als nichtwollen eines Atomlagers verstehen. Leider wird diese Debatte schon seit Jahren nur noch schwarz/weiss geführt. Leider gibt es auch keinen Vorschlag seitens des Vereins Klar!, wie dieser Abfall nun beseitigt werden soll. Denjenigen von ER Urs Hinnen an der letzten Sitzung, das Ganze in der Wüste zu vergraben, haben wir nicht ernst genommen. Sankt Florian lässt grüssen! Die Links auf der Homepage von Klar zielen grösstenteils auf Organisationen, die auch keine Vorschläge zur Beseitigung dieser atomaren Abfälle haben, sondern das Problem nur der nächsten Generation zuschieben. Diesen Organisationen lehnt sich der Verein Klar! klar an, vorläufig mit Trommeln und noch keinen Trompeten. Das gefällt lange nicht allen Einwohnern unserer Gemeinde. Siehe auch die Statuten unter Paragraph 2 Zweck des Vereins.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Die Fraktion der CVP hat den Bericht und Antrag durchgeschaut und wird diesen klar ablehnen. Die CVP ist der Meinung, dass es nicht Sache des Einwohnerrates ist, die Neuhauser Bevölkerung in den Verein Klar! zu zwingen. Schon im Antrag wird ja geschrieben, dass der Verein Klar! die einzige politisch nicht gebundene Organisation ist, die sich gegen ein Atomendlager wehrt. Und jetzt beschliessen wir als politisches Organ, durch einen politischen Akt, dass die Gemeinde Neuhausen einer nicht politischen Organisation beitreten soll. Meine Damen und Herren, das ergibt für uns keinen Sinn! Jedem Neuhauser und jeder Neuhauserin ist es freigestellt, in diesem Verein mitzumachen und den Mitgliederbeitrag zu zahlen. Die CVP sieht daher keinen Grund, dass die Gemeinde Neuhausen dem Verein Klar! beitreten soll, ausser die Neuhauser Bevölkerung bewilligt dies mit einem Volksentscheid. Ich stelle daher den Antrag, sollte eine Mehrheit des Einwohnerrates dieser Vorlage zustimmen, diese einer obligatorischen Volksabstimmung zu unterstellen.

ER August Hafner (SP)

Ich will hier nicht die Diskussion wiederholen vom 23. September 2010. Mir ist auch noch das Votum des Gemeindepräsidenten im Ohr. Es gab damals noch ein deutliches Resultat zur Überweisung dieses Postulates an den Gemeinderat mit 13 : 7 Stimmen und die SP Fraktion hat es nicht überrascht, dass dieser Antrag so gekommen ist, dass unsere Gemeinde diesem Verein beitreten soll. Mich persönlich hat ein wenig überrascht, dass der Einwohnerrat bestimmen soll, dass die Gemeinde diesem Verein beitreten soll. Sie haben sicherlich vorhin im Budget gesehen, dass die Gemeinde Neuhausen in zahlreichen Vereinen vertreten ist. Das war bis jetzt immer eine selbstverständliche Sache des Gemeinderates darüber zu befinden, ob einem Verein beizutreten sei oder nicht. Wichtig ist natürlich, dass es sich um eine Aufgabe der Gemeinde handelt bzw. eine Aufgabe zum Schutz und Interesse unserer Bevölkerung oder wesentlichen Teilen davon und dass es um einen Verein geht, der von seinen Zielen weder rechtswidrig noch sittenwidrig oder irgendwie



unmoralische Zielsetzungen verfolgt und natürlich auch, dass der Vereinsbeitrag, der jährlich zu leisten ist, in der Finanzkompetenz des Gemeinderates liegt. Unserer Auffassung nach sind eigentlich alle Voraussetzungen erfüllt, dass der Gemeinderat ohne zutun des Einwohnerrates diesem Verein klar beitreten könnte. Ich verstehe aber, dass auch aufgrund der gewaltigen Diskussion an der letzten Einwohnerratssitzung wenigstens den Support des Einwohnerrates haben möchte, wenn es um die Frage des Vereinsbeitrittes ja oder nein geht. Unsere Verfassung lässt es ja zu in Art. 26 lit. m, das Geschäfte von besonderer Bedeutung vom Gemeinderat dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung unterbreitet werden können. Ich habe an sich nichts dagegen, wenn der Gemeinderat findet, dieses Geschäft sei von grosser und wichtiger Bedeutung. Das hat sich vor allem darin manifestiert, dass am 23. September zwar von einer Minderheit, aber doch hörbar und in gewissem Sinne nachvollziehbar aus jener Sicht da Bedenken angemeldet worden sind und ich erachte es deshalb als richtig, dass der Gemeinderat, wie beantragt, diesem Verein beitrifft. Der Bengel wäre aber eindeutig zu hoch geworfen, wenn man das ganze noch dem Volk vorlegen wollte. Dazu sagt Art. 11 lit. n der Verfassung etwas. Das ist in der Vorlage schon angetönt, das gibt es. Da muss man sich aber schon fragen, in welche Fällen man das tun könnte. Ich zähle den Fall eines Vereinsbeitritts nicht dazu, dann Art. 26 lit. m, darunter behandeln wir Geschäfte, die uns wegen ihrer Wichtigkeit vom Gemeinderat zur Beschlussfassung zugelegt werden, lautet eben dass dann der Einwohnerrat abschliessend darüber befindet. Das ist das eine und das andere ist, wir würden uns ja wirklich lächerlich machen, wenn da noch eine Volksabstimmung, die auch mit Kosten verbunden ist, durchgeführt würde, wenn es um einen Beschluss geht, der nach unserer Verfassung klar in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Da kommt mir auch ein Motto in den Sinn: "Gehe nicht zum Fürst, wenn Du nicht gerufen wirst" und hier ruft jetzt wirklich niemand. Darum sollten wir heute Abend ohne lange darüber zu diskutieren, diesem Verein beitreten und ich bin zuversichtlich, dass wir das abschliessend tun können. Immerhin haben wir mit einem Resultat von 13 : 7 Stimmen den Gemeinderat beauftragt, uns einen entsprechenden Bericht zu unterbreiten.

ER Rolf Forster (SVP)

Ohne in der Schweiz nuklearen Strom zu erzeugen, können wir heute und sicherlich auch in der nächsten Zukunft unseren Lebensstandard nicht aufrechterhalten. Unbestritten ist, dass wir bei der Produktion von Atomstrom Abfälle erzeugen. Diese müssen entsorgt werden, ob wir wollen oder nicht. Wir können eine Lösung suchen, solche Abfälle im Ausland zu entsorgen, aber wer nimmt uns heute solches Material ab. In Deutschland können wir beobachten, welche Proteste und Demonstrationen im Volk allein schon Transporte von radioaktivem Material auslösen. Viele Umweltschützer wollen Autos mit Stromanteil statt Erdöl. Nur wo wollen diese Leute den Strom herholen? Selbst ER Walter Herrmann wäre kräftig aufgeschmissen mit seinem Stromvelo. Wenn diese Abfälle entsorgt werden müssen – und das müssen sie nun einmal – ist mir die uns Schweizern angeborene Sorgfalt und Gründlichkeit lieber. Wenn wir solches Material versorgen, wird meiner Meinung nach bei uns ein wesentlich höherer Sicherheitsaufwand betrieben als in irgendeinem politisch unstillen Wüstenstaat. Aus taktischen Gründen sollen wir natürlich nicht gleich unserer Bereitschaft zur Übernahme demonstrieren. Wenn aber der Boden bei uns am Besten geeignet ist, dann sollten wir das akzeptieren. Ich habe Vertrauen in die Wissenschaftler und Ingenieure der NAGRA. Es ist deshalb nicht nötig, dass die Gemeinde einem privatrechtlich organisierten Verein beitrifft. Ein Teil der SVP lehnt den Antrag des Gemeinderates ab.

ER Urs Hinnen (ÖBS)

Ich bin natürlich auch der Meinung es braucht eine Lösung. Die NAGRA ist sicherlich nicht um ihren Job zu beneiden, aber wir müssen auch ein bisschen Lokalpatrioten sein und wir müssen sagen, Lösung ja aber nicht bei uns, weil wer sich hier nicht wehrt, der hat schon verloren und seine Chancen stehen schlecht. Es sind ja verschiedene Standorte da und wir haben alles Interesse daran,



dass nicht unser Standort derjenige sein wird, der ausgewählt wird. Je höher der Widerstand von Seiten der Bevölkerung und der Region umso mehr besteht die Möglichkeit, dass man das vielleicht abwenden kann. Wir müssen kämpfen, weil sehr viel auf dem Spiel steht. Ich denke, wenn es uns nicht gelingt, dieses Projekt abzuwehren, dann können wir unser kleines Paradies abschminken. Wir können auch den geplanten Naturpark vergessen. Wir können zuschauen, wie die Grundstückspreise fallen, wie die Abwanderung wieder von neuem beginnt, wobei der Kanton eigentlich hoffte Prosperität zu erlangen. Ich denke es geht hier sicherlich nicht um die Frage der Sicherheit. Es geht um Emotionen. Ich denke sicher, dass es eine technische Lösung geben würde aber der Mensch ist nun mal ein emotionales Tier. In diesem Sinne hat auch der Kantonsrat den Weg gewiesen und wir müssen uns für die Region einsetzen und da haben wir keine andere Wahl als uns bemerkbar zu machen. Ein Weg dazu wäre der Beitritt zum Verein Klar! Aus meiner Sicht müssen wir diesen kleinen Schritt unbedingt machen.

ER Arnold Isliker (SVP)

Es kommt mir vor wie bei Gemeindefusionen. Im Reiat ist man einstimmig dafür und im Klettgau sagen wir nein. Im Kanton Aargau als Atomstromkanton streitet man sich darum, wer den nächsten Standort für den nächsten Meiler bekommt. Dort regt sich niemand auf, wenn ein Zwischenlager in Würenlingen besteht. Wenn es dort unten mal kracht, dann reicht das bis nach München und je nach Windlage bis nach Madrid. Es ist einfach so, die Meinungen sind gespalten. Es ist aber auch nicht von der Hand zu weisen, wenn man letztes Mal gehört hat, dass man so etwas in einem Wüstenstaat entsorgen könnte. Das jüngste Beispiel in Ungarn hat uns gezeigt, wo korrupte Staatsbeamte das Geld in den eigenen Sack genommen haben und sich nicht darum gekümmert, wie dieser Schlamm entsorgt werden soll. Dann ist es mir eigentlich wohler, wenn wir es da wo wir es produzieren auch wieder entsorgen. Dass wir unseren Pelz so teuer als möglich verkaufen müssen, das ist mir auch klar und nicht einfach ja und amen sagen, aber dass wir diesem Verein beitreten sollen, dieser Meinung bin ich eigentlich nicht, weil das neutral bleiben sollte und jedem eigenen Bürger überlassen werden. Wenn schlussendlich die NAGRA oder der Staat sagt, Schaffhausen ist der sicherste Standort, dann haben wir uns immerhin gewehrt, aber ein Beitritt zum Verein Klar! lehne ich klar ab. Das ist meine persönliche Meinung und nicht dieser der Fraktion.

ER Willi Josel (SVP)

Sie haben es gehört, es gibt eine Spaltung in der SVP zu diesem Thema. Das ist eine Frage, die auch im Kantonsrat quer durch alle Parteien durchgegangen ist. Den Abfall, den wir hier versorgen, der bleibt über 100'000 Jahre. Schauen Sie die Studie an, die verteilt worden ist aus dem Kanton Schaffhausen, dann gibt es praktisch keinen guten Faden an den Ergebnissen, resultierend wenn hier ein Lager gebaut wird. Es sind wirtschaftlich Folgen, die wir zu tragen haben und deshalb müssen wir uns hier wehren. Wenn ich höre von der FDP, man ist dagegen aber hat keine Vorschläge, wo das sein soll. Ja natürlich hat man diese nicht. Genau darum geht es ja. Es gibt kein Lager, wo man das versorgen kann und darum kann man auch keinen Vorschlag machen. Wenn ich die CVP höre, die haben formale Bedenken aber keine Bedenken gegen Benken. Wir stehen in der Verantwortung für Generationen von Menschen, die uns folgen werden und wir machen etwas, das uns die Zukunft kaputt machen kann. Danken Sie ans Rheinfallbecken. Dort gibt es ein Gebiet, wo Sie keinen Pfahl einschlagen dürfen, weil unsere Vorfahren nichts gemacht haben und man hat es einfach im Boden versorgt und heute müssten wir das allenfalls entsorgen mit einer grossen Menge Geld. Wenn man, wie mein Parteikollege sagt, den Wissenschaftlern von der NAGRA vertraut. Wie viele Wissenschaftler haben sich schon geirrt? Was machen wir, wenn die Wissenschaftler drei oder vier Plätze in der Schweiz als geeignet anschauen. Wer wird dann das Lager bekommen. Das sind die, die sich nicht wehren und dagegen muss man sich wehren. Es muss ja jemanden geben, der das koordiniert und das ist für mich der Verein Klar! Dort kann man mitmachen, denn dort wird die



Kraft gebündelt, hier irgendetwas zu tun. Ich appelliere daher an Ihre Verantwortung, dem Gemeinderat zuzustimmen und Ihre Unterstützung dem Verein Klar! zu geben, hier gegen dieses Lager einzustehen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Es wurde jetzt viel gesagt. Wir werden dieses Problem der Abfälle nicht lösen und ganz sicher nicht heute Abend. Es gibt keine sichere Endlagerstätte, auf der ganzen Welt nicht. Es gibt niemand, der einem die Garantie geben kann für diese 100'000 Jahre. NAGRA, das sind Wissenschaftler, nicht nur Geologen sondern auch Psychologen, die werden ganz sicher den Bericht über unsere Einwohnerratssitzung zur Kenntnis nehmen. Sichere Standorte gibt es nicht. Es gibt mehr oder weniger unsichere und unter den nicht so unsicheren wären wir eine Möglichkeit. Wer schlussendlich gewählt wird, da strecken diese Personen den Finger in die Luft und schauen, wer am stärksten bläst. Wenn wir jetzt ein Signal in die Welt setzen und ein Beitritt zu Klar! ist ein Signal, wir sind dagegen, was hier geschieht. Wenn jetzt bloss die Hälfte diesem Beitritt zustimmt, dann wird das wahrgenommen und wir sind in der Liste der möglichen Standorte schon recht hoch raufgerutscht. Wir sind sicher weiter oben als einer, der sich entschlossen wehrt. Darum geht es heute.

GP Stephan Rawlyer

Ich möchte an dieser Stelle auf meine Ausführungen vom 23. September 2010 verweisen. An diesen halte ich wirklich fest. Ich denke heute Abend wurden keine wesentlichen neuen Argumente erwähnt, aber ich kann mich eigentlich den Einwohnerräten Walter, Josel und Hinnen anschliessen. Wir müssen kämpfen und das werden wir! Das FDP und CVP gespalten sind ist nichts neues. Ich denke die CVP muss das mit ihren eigenen Vertreter im Kantonsrat ausmachen. Es wurde einstimmig dafür gestimmt sich mit allen möglichen rechtlichen und politischen Mitteln gegen ein Endlager zu wehren. Zu den politischen Mitteln gehört ein Beitritt zum Verein Klar! und wenn jetzt die Vertreterin der CVP in Neuhausen etwas anderes sagt, dann sehe ich einen nicht überbrückbaren Widerspruch zur Meinung der Kantonsratsmitglieder. Aber ich denke, das muss die CVP selbst mit sich ausmachen wo sie wirklich stehen. Ich muss einfach nochmals sagen, bei dieser Frage gibt es wirklich nur Schwarz oder Weiss und kein Grau. Entweder ist man für ein solches Lager oder man ist dagegen. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie mit grosser Mehrheit dieser Vorlage zustimmen könnten.

Detailberatung:

ER Walter Herrmann (FDP)

Seite 11, Statuten § 2 Zweck

Diese Statuten gehen unter § 2 über das hinaus, was dieser Verein will. Ich bin nicht ein Befürworter der Atomenergie, aber gegen den Ausstieg aus der Atomenergie und ich betone noch einmal der Austritt aus der Atomenergie unterstützen nicht alle Einwohner von hier und wenn wir auch aussteigen können und die AKW's demontiert werden, dann müssen das unsere Nachkommen entsorgen. Das geht länger als unsere Generation und wir werden heute etwas aufschieben für unsere nächste und übernächste Generation.



Anträge:

1. Die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall tritt mit Wirkung per 1. Januar 2011 dem Verein Klar! Schaffhausen bei.

Der Antrag wird mit 12 : 6 Stimmen angenommen.

2. Das Postulat von Einwohnerrat Dr. Urs Hinnen vom 31. August 2010 wird als erledigt abgeschrieben.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Der Einwohnerrat beschliesst, den Beitritt zum Verein Klar! Schaffhausen mit 12 : 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen, keiner Volksabstimmung zu unterstellen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 6 Bericht und Antrag betreffend Teilrevision des Reglements über die Gasabgabe und die Betriebsanlagen (Gasabgabe-Reglement 1987) vom 30. April 1987

ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat noch vor der Eintretensdebatte eine Kommission einzusetzen.

Der Antrag wird mit 17 : 1 Stimmen angenommen.

ER Peter Gloor (SP)

Ich beantrage eine 7-er Kommission einzusetzen. Drei von uns sind schon dabei und es sollten noch 4 andere dabei sein.

Es wird mit 15 : 3 Stimmen beschlossen eine 7-er Kommission eingesetzt. Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

Willi Josel, SVP, Präsidium
Rolf Forster, SVP
Markus Anderegg, FDP
Marcel Stettler, CVP
Renzo Loiudice, SP
Peter Gloor, SP
Urs Hinnen, ÖBS

Das Geschäft ist somit vorerst erledigt.



ER-Präsident Felix Tenger (FDP)

Wir treffen uns zur nächsten und gleichzeitig letzten Sitzung in diesem Jahr am 9. Dezember 2010 wieder. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Felix Tenger
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin